

STICHWORT

BAYER

Die anderen Informationen
zu einem multinationalen
Chemiekonzern



Mit Beilage
BIG
Business
Crime

Hauptversammlung 2020

BAYER allein zu Haus

Weitere Themen:

BAYER & Corona, Teil 2

BAYER-Lobbying in Brüssel

BAYERs Glyphosat-Deal

WEITER GEBEN

TESTAMENT UND VERMÄCHTNIS

Erbschaften und Vermächtnisse eröffnen weit in die Zukunft reichende Möglichkeiten und entfalten ihre Wirkung für kommende Generationen.

Wenn auch Ihnen eine Welt ohne Ausbeutung und Profitjagd am Herzen liegt, wenn Sie meinen, dass Willkür und Machtmissbrauch der großen Konzerne eingedämmt und beendet werden müssen, dann kommt für Sie vielleicht ein Vermächtnis oder ein Testament zur langfristigen Förderung unserer konzernkritischen Arbeit in Frage.

Fordern Sie unverbindlich und kostenfrei unseren leicht verständlichen Leitfaden zu allen Fragen des Nachlasses im Todesfall an.

JETZT INFORMATIONEN ANFORDERN!

Bitte deutlich schreiben:

Name, Vorname

Straße, Nummer

PLZ, Ort

E-Mail

Telefon

Datum, Unterschrift



ethecon
Stiftung Ethik & Ökonomie

Schweidnitzer Straße 41 · D-40231 Düsseldorf
Fon 0211 – 26 11 210 · Fax 0211 – 26 11 220
eMail info@ethecon.org · [facebook/ethecon](https://www.facebook.com/ethecon)





BAYER kapert Brüssel. Siehe Seite 6 ff

Inhalt

- 6 Ultra-Gifte back in the EU**
Brüssel gewährt Import-Toleranzen
- 9 Aus für Dicamba**
US-Gericht verbietet BAYER-Pestizid
- 10 Leere Hände, volle Kassen**
BAYER & Corona, Teil 2
- 15 Der Glyphosat-Deal**
Einigung im Mediationsverfahren
- 16 „Einer aus Wiesendorf“**
Ein Roman über die MAYER-Machenschaften
- 18 BAYERs Online-HV #1**
Das CBG-Gegenprogramm
- 26 BAYERs Online-HV #2**
100 Fragen und keine Antworten

Rubriken

- 5 Editorial Impressum**
- 7 CBG bei der Arbeit**
Au weia, BAYER
- 28 HV-Echo**
- 29 Promis gegen Profit**
- 30 O-Ton BAYER**

An aerial photograph of a deforested landscape. The ground is dark and charred, with many thin, black tree trunks standing like sentinels. In the lower-left quadrant, a white fire truck is parked on a dirt path. Several workers in dark clothing are scattered across the landscape, some appearing to be working with equipment. The overall scene is one of environmental devastation.

JEDE PORTION
HAT IHREN PREIS:
FLEISCH
IST EINER DER
HAUPTGRÜNDE
FÜR DIE ZERSTÖRUNG
UNSERER URWÄLDER.

UNTERSTÜTZEN SIE DEN ERHALT DER
URWÄLDER AUCH MIT IHRER SPENDE
[ROBINWOOD.DE/SPENDEN](https://robinwood.de/spenden)

ROBIN WOOD

Impressum



Stichwort BAYER -
Die anderen Informationen
zu einem multinationalen Chemiekonzern

38. Jahrgang
Postvertriebsstück G 10848
Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf,
Fon: (0211) 333911, Fax: (0211) 333940

Herausgeberin und Vertrieb:
COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e. V. (CBG e. V.)
Für mehr Umweltschutz und sichere Arbeitsplätze
bei BAYER - weltweit.
Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf.
Email: info@CBGnetwork.org
Internet: www.CBGnetwork.org
facebook: Coordination BAYER-Gefahren

Wir bitten um Zusendung von Leser*innen-, Protest- und
Bestellbriefen.

Die CBG ist ein internationales Selbsthilfe-Netzwerk, das vom multinationalen BAYER-Konzern Betroffene und an diesem Konzern Interessierte zusammenschließt und die Tätigkeit dieses Multis kritisch begleitet. Ziel der Arbeit ist es, die von BAYER ausgehenden Gefahren für Mensch, Tier und Umwelt bekanntzumachen, einzudämmen und möglichst ganz abzustellen. Konzernkritik braucht Unterstützung. Stichwort BAYER braucht Abonnent*innen. Nutzen Sie den Coupon der Abo-Anzeige in diesem Heft und abonnieren Sie. Oder - noch besser! - werden Sie (Förder-)Mitglied unseres Netzwerkes. Im Rahmen einer (Förder-)Mitgliedschaft erhalten Sie Stichwort BAYER automatisch ohne weitere Kosten. Je ein Exemplar von Stichwort BAYER wird dem Vorstand des BAYER-Konzernes, Kaiser-Wilhelm-Allee, 51373 Leverkusen, übersandt. Leser*innen haben somit die Möglichkeit, die Konzernleitung zu bitten, zu bestimmten, in Stichwort BAYER behandelten Themen, Stellung zu beziehen.

Redaktion: V.i.S.d.P. Jan Pehrke (jp). Cvd: Axel Köhler-Schnura (aks), Uwe Friedrich (uf).

Verlag: Eigenverlag

Vertrieb: CBG

Layout: Ulrich Volkenannt

Druck: Mediengruppe Neuer Weg GmbH

Bankverbindung: EthikBank
IBAN DE94 8309 4495 0003 1999 91
BIC GENODEF1ETK

Anzeigen: Es gilt die Anzeigenpreisliste vom Juli 2018
(1/1 S. sw 1.400,- Euro, zzgl. MWSt.)

Stichwort BAYER erscheint in 4 Ausgaben pro Jahr jeweils
zum Anfang des Quartals.

Der Nachdruck von Artikeln aus Stichwort BAYER ist ausdrücklich
erwünscht. Honorar nach Vereinbarung. Diskette oder Email bitte
unter 0211/33 39 11 anfordern. Bitte Quelle angeben und zwei
Belegexemplare übersenden. Für unverlangt eingesandte Manu-
skripte, Bilder und Photographien wird keine Haftung übernommen.
Rechtlich geschützte Warenzeichen werden in Stichwort BAYER
ohne gesonderten Hinweis genannt. Daraus ist nicht auf die freie
Verwendbarkeit der Markennamen zu schließen.

Auszeichnungen:

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e. V. erhielt 1999 den
Preis des Kirchlichen Entwicklungsdienstes Oberhausen, zudem 1998
und 1990 den Preis von Business Crime Control. Darüber hinaus wurde
Vorstandsmitglied Axel Köhler-Schnura im Jahr 2000 mit dem „Preis für
Zivilcourage“ und 2011 mit dem „Henry-Matthews-Preis“ geehrt.

Beirat:

Dr. Erika Abczynski / Kinderärztin / Dormagen,
Hiltrud Breyer / ehem. MdEP/Berlin,
Eva Bulling-Schröter / ehem. Mitglied des Bundestags / Berlin,
Wolfram Esche / Rechtsanwalt / Köln,
Prof. Jürgen Junginger / Designer / Krefeld,
Prof. Dr. Jürgen Rochlitz / Chemiker / Burgwald,
Prof. Rainer Roth / Sozialwissenschaftler / Frankfurt,
Prof. Dr. Wolfram Elsner / Ökonom / Bremen

Bei Umzug bitte neue Adresse mitteilen

Die Post teilt uns bei Umzug die neue Adresse nicht mit. Soll
Stichwort BAYER Sie auch weiterhin erreichen, informieren
Sie uns bitte über Ihre neue Anschrift.

Liebe Leserinnen und Leser,

das vorliegende Heft war schon fast fertig, als die Nachricht von der Einigung im Glyphosat-Mediationsverfahren reinkam. Da galt es natürlich, die Planung umzuschmeißen und schnell Platz für einen Artikel zum Thema zu schaffen. Eine ausführliche Analyse folgt dann im nächsten *Stichwort BAYER (SWB)*.

Ein Fall für die Justiz wurde nun noch ein weiteres Pestizid des Leverkusener Multis: Dicamba. Die Richter*innen vom „U.S. Court of Appeals“ in San Francisco befanden es für schuldig, Ernte-Schäden verursacht zu haben und sprachen ein Verbot aus – der *SWB*-Gerichtsreporter nahm sich für diese Ausgabe der Causa an. Aber der Agro-Riese hat noch mehr Agro-Chemikalien mit Risiken und Nebenwirkungen im Angebot. Einige davon hat die EU bereits aus dem Verkehr gezogen. BAYER sei Dank können sie jedoch auf Umwegen wieder nach Europa gelangen, als Rückstände in Lebensmittel-Importen. Die Lobbyist*innen des Konzerns setzten in Brüssel nämlich „Einfuhr-Toleranzen“ durch. Wie ihnen das gelang, zeichnet das Stichwort in dieser Nummer detailliert nach. Und dann betätigt sich CBG-Geschäftsführer Marius Stelzmann erstmals



als Autor. Er widmet sich einem Roman, in dem es um das Treiben eines ominösen Konzerns namens „Mayer“ geht, wobei natürlich jede Ähnlichkeit mit einem tatsächlich existierenden Multi rein zufällig wäre ...

Natürlich darf Corona auch dieses Mal nicht fehlen, zumal der Global Player als größtes deutsches Pharma-Unternehmen hier im Auge des Sturms steht – oder besser stehen sollte, denn außer ein paar milden Gaben hat er bisher noch nichts zur Eindämmung der Pandemie beigetragen. Seine schon als Wundermittel gefeierte Uralt-Arznei Chloroquin erwies sich nämlich als Rohrkrepierer. Dafür bot ihm das Virus die willkommene Gelegenheit, vor den wie stets zu erwartenden Hauptversammlungsprotesten ins Internet zu flüchten. Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN konnte die Aktien-Gesellschaft allerdings auch dort stellen und sie darüber hinaus sogar doch noch mit nicht-virtuellem Protest konfrontieren. 14 Seiten musste das *SWB* aufbringen, um das alles zu dokumentieren. Ein schöne Sommer-Lektüre mit diesem ganzen Stoff wünscht – trotz allem

Jan Pehrke

BAYER macht's möglich: Ultra-Gifte are coming home

Verbotene Früchte



Die Europäische Union wollte konsequent sein und Rückstände von Pestiziden, die sie wegen ihrer gesundheits-schädlichen Wirkungen verboten hat, auch nicht mehr in Lebensmittel-Importen dulden. Das wussten BAYER & Co. allerdings zu verhindern.

Von Jan Pehrke

Der BAYER-Konzern unterhält in allen wichtigen Hauptstädten der Welt sogenannte Verbindungsbüros, von denen aus er seine Lobby-Aktivitäten steuert. Das größte davon befindet sich in Washington, dann folgt aber schon Brüssel. Das dortige Büro hat einen Etat von 4,3 Millionen Euro, mit dem 24 Beschäftigte versuchen, EU-Entscheidungen im Sinne des Global Players zu erwirken. Dazu haben sich die Einfluss-Arbeiter*innen allein in dem Zeitraum zwischen 2015 und 2019 31 Mal

mit EU-Kommissar*innen oder deren Kabinettsmitgliedern getroffen, wie aus dem Lobby-Register der Europäischen Union hervorgeht.

Vor allem auf die Pestizid-Regulierungen hatten sie es abgesehen. Und dabei wiederum galt den Import-Bestimmungen ihr gesondertes Interesse. Hier drohte nämlich Ungemach. Die Europäische Union beabsichtigte, es Agro-Chemikalien, die sie wegen ihrer Risiken und Nebenwirkungen aus dem Verkehr gezogen hatte,

auch auf Umwegen nicht mehr zu gestatten, Unheil anzurichten. Also wollte sie keine Rückstände von EU-weit verbotenen Pestiziden in Lebensmittel-Einfuhren mehr tolerieren, selbst in den geringsten Mengen nicht.

Grundlage hierfür bildete der sogenannte Gefahren-Ansatz. Dieser geht davon aus, dass einige Stoffe an sich und nicht bloß ab einer bestimmten Schwelle schädlich sind, weshalb schon kleinste Reste Krankheiten auslösen können. Zu solchen

Substanzen, bei denen Untersuchungen zufolge nicht die Dosis das Gift macht, zählen beispielsweise endokrine Disruptoren. Hierbei handelt es sich um hormonähnlich wirkende und deshalb gesundheitsgefährdende Chemikalien, die auch in einigen Pestiziden enthalten sind. Im Gegensatz dazu kennt der Risiko-Ansatz keine absoluten Gefahren, sondern nur relative, von der Wirkstärke abhängige und deshalb durch Grenzwerte einhegbare. Darum bevorzugt die Industrie eine solche Regulierungsvariante und drang darauf, von dieser auch bei den Nahrungsmittel-Importen Gebrauch zu machen.

Das ganze Ausmaß der Branchen-Vorstöße zur „Gefahren-Abwehr“ machte der Report „Toxic residues through the back door“ des CORPORATE EUROPE OBSERVATORY (CEO) öffentlich, das unter Berufung auf die Transparenz-Richtlinie der EU Einsicht in die Dokumente nehmen konnte. Der Leverkusener Multi begann mit seinen Lobby-Anstrengungen im März 2017. Da

brachte ein BAYER-Abgesandter bei einem Treffen mit einem Kabinetts-Mitglied des damaligen Landwirtschaftskommissars Phil Hogan die Erwartung des Konzerns zum Ausdruck, dass die EU die Frage der Agrochemie-Rückstände bei Einfuhren „im Einklang mit den WTO-Regeln zur Vermeidung von Handelsbarrieren“ behandle. Zwei Tage später wandte sich das Unternehmen in der Angelegenheit an Nathalie Chaze, die während der Amtszeit von Gesundheitskommissar Vyvenis Andriukaites dessen Kabinetts angehörte. Chaze erteilte dem Global Player allerdings eine Abfuhr. Es sei das erklärte Ziel der EU, „die Konsumenten vor unter das Ausschluss-Kriterium fallende Substanzen und deren Rückstände in der Nahrung zu schützen, egal, woher sie stammen“, so Chaze. Im Juli sprach ein BAYER-Lobbyist dann ge-

meinsam mit einem SYNGENTA-Kollegen direkt bei Andriukaites vor. Aber auch dieser ließ nicht mit sich reden. Bei Pestiziden, die unter das Ausschluss-Kriterium auf der Grundlage des Gefahren-Ansatzes fallen, „Rückstände über der Nachweis-Grenze zuzulassen, würde ein inakzeptables Gesundheitsrisiko darstellen“, hielt der Litauer fest.

Daraufhin erhielt dieser einen Brief, den BAYERs Agro-Chef Liam Condon zusammen mit SYNGENTA-Boss Erik Frywald verfasst hatte. „Gefahren-basierte Grenzwerte sollten von der EU nicht dazu verwendet werden, Handelshemmnisse einzuführen oder politische Ziele zu erreichen“, schrieben die beiden. Sie beklag-

In Brüssel versuchen 24 BAYER-Beschäftigte mit einem Etat von 4,3 Millionen Euro, EU-Entscheidungen im Sinne des Global Players zu erwirken

ten sich aber auch generell über das „zunehmend konservative, politisch motivierte“ Kontrollsystem und forderten Brüssel auf, vereint mit ihnen offensiv solchen Gruppen entgegenzutreten, die angeblich nur emotional argumentierten. Unterstützung erhielten die Agro-Manager von ihrer

Lobby-Organisation „European Crop Protection Association“ (ECPA). Diese zeigte sich „extrem besorgt“ über die Pläne und mahnte mit Verweis auf die EU-Maxime der „Better regulation“ ein sogenanntes Impact Assessment an, eine ökonomische Folgeabschätzung. Das entsprechende Zahlenfutter dafür lieferte BAYER Mitte November 2017. In Tateinheit mit DTB ASSOCIATES CONSULTING präsentierte der Konzern der Generaldirektion Handel einen Report, der vor großen finanziellen Einschnitten durch die avisierten EU-Maßnahmen warnte. Der von der Beratungsfirma BRYANT CHRISTIE erstellte Bericht, den die ECPA gemeinsam mit CROPLIFE INTERNATIONAL finanziert hatte, bezifferte die möglichen Verluste im Falle der Implantierung der strengeren Import-Auflagen auf 70 Milliarden Euro. Diese Zahl

CBG bei der Arbeit

Der BAYER-Konzern gehört zu den größten Klima-Sündern unter den bundesdeutschen Unternehmen. Darum bekam er auf seiner Hauptversammlung im Jahr 2019 auch Besuch von FRIDAYS FOR FUTURE (FFF). Und der Global Player blieb im Fokus der Klima-Aktivist*innen. Gemeinsam mit dem nordrhein-westfälischen Landesverband von DIE FALKEN baten die Leverkusener FFFs CBG-Geschäftsführer Marius Stelzmann Anfang Juni, über den neuesten Stand in Sachen „Kohlendioxid-Ausstoß“ beim Multi zu informieren. Und der hatte sich sogar noch einmal verschlechtert, wie Stelzmann in seinem Online-Vortrag zu berichten wusste: Die CO₂-Emissionen des Multis legten im Geschäftsjahr 2019 um 830.000 Tonnen auf 3,71 Millionen Tonnen zu.

Au weia, BAYER

Nachdem die Hauptversammlung 2019 dem Vorstand die Entlastung verweigert hatte, gingen die BAYER-Obersten erst einmal Klinken putzen bei BLACKROCK & Co.

Mit über 500 Großinvestor*innen führten die Manager*innen persönliche Gespräche. Die gestalteten sich für den Vorstandsvorsitzenden Werner Baumann und Finanz-Chef Wolfgang Nickl jedoch alles andere als einfach. „Nach drei verlorenen Glyphosat-Prozessen war es Nickl fast unmöglich, mit manchen Anteilseignern über das strategische Große und Ganze zu reden“, berichtet das *manager magazin* und gibt dessen Lamento wieder. „Es gab Investoren, die haben sich intensiv mit Gerichtsunterlagen und Verhandlungsprotokollen beschäftigt und eine Menge Geld für ihr Research ausgegeben, einige wollten sogar wissen, was wir von einzelnen Zeugen-Aussagen halten und wie wir bestimmte Gutachter-Bewertungen sehen“, klagte der Zahlenmensch.

Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung
 Vierteljahreszeitschrift 31. Jahrgang, Nr. 122, Juni 2020, 248 Seiten

Engels – Geschichte, Natur, Gesellschaft
 Schunter-Kleemann – „Dass ich ein Sünder bin ...“ / Callesen/Fülberth – *Internationaler Arbeiterkongress 1889* / Kuczynski – *Wert ohne Warenproduktion?* / Hörz – *Ökologischer Grundwiderspruch* / Sayers – *Dialektik der Natur* / Kangel – *Engels' Dialektik* / Klundt – *Dühhing reloaded?* / Bagchi – *Engels und die Frauen in Indien* / Leisewitz / Schwarz – *Geschlechterverhältnisse und Engels' „Ursprung“ (T. II)*

Coronakrise / Soziale Bewegungen / Und: Sève – *Der „Kommunismus“ ist tot – es lebe der Kommunismus* / Quas – *Dienstleistungen in der Arbeitswerttheorie* / Meyer – *Sozialstruktur der russischen Fabrikarbeiter*

Sowie: Kommentare; Diskussion – Kritik – Zuschriften; Zeitschriftenschau; Berichte; Buchbesprechungen

Z Einzelpreis: 10,- Euro (zzgl. Versand) im Abo: 35,00 Euro; Auslandsabo 43,- Euro (4 Hefte/ Jahr incl. Vers.) Studenten-Abo: Inland 28,00 u. Ausland 36,- Euro. Bezug über E-mail, Buchhandel (ISSN 0940 0648) oder direkt:Z-Vertrieb: PF 700 346, 60553 Ffm, Tel./Fax 069 / 5305 4406

Engels 1820 - 2020
 Nr. 122, Juni 2020
 Schunter-Kleemann – „Dass ich ein Sünder bin ...“ / Callesen/Fülberth – *Der internationale Arbeiterkongress 1889* / Kuczynski – *Wert ohne Warenproduktion?* / Hörz – *Ökologischer Grundwiderspruch* / Sayers – *Dialektik der Natur* / Kangel – *Engels' Dialektik* / Klundt – *Dühhing reloaded?* / Bagchi – *Engels und die Frauen in Indien* / Leisewitz / Schwarz – *Geschlechterverhältnisse und Engels' „Ursprung“*
 Coronakrise
 Der „große Lockdown“ und linke Politik: Probleme, Perspektiven und offene Fragen
 Und: Streikmonitor 2019 – Tariffrage Metall-Elektro: Lucien Sève – *Dienstleistungen als Ware?* – Rass. Fabrikarbeiter

www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de - e-mail: redaktion@zme-net.de

findet sich später auch in der WTO-Beschwerde der USA und Australiens gegen ein Vorhaben der Europäischen Union zur Regulierung von endokrinen Disruptoren. Das alles blieb nicht ohne Wirkung. „Nach Diskussionen mit den Mitgliedsländern über den ursprünglichen Vorschlag und im Angesicht der Reaktionen von Stakeholdern und Drittstaaten findet ein weiteres Nachdenken statt, um das Vorgehen der Kommission festzulegen“, ruderte die Generaldirektion Gesundheit zurück. Wenig später stellte Andriukaitis in Aussicht, den mit dem Gefahren-Bann belegten Substanzen vor den Toren der Europäischen Union doch noch einmal eine Risiko-Prüfung zuzubilligen. Und in den Dokumenten zu den Verhandlungen mit Kanada über das Handelsabkommen CETA hieß es schließlich sogar: „Das langfristige Ziel der EU ist es, sich von einem gefahren-basierten Ausschluss-Kriterium bei Regulierungsentscheidungen wegzubewegen.“ Die Bundesregierung half kräftig dabei mit, die erste Etappe dazu mit den entsprechenden Import-Regeln zu meistern. Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner

BAYER beklagte sich in einem Brief an die EU über das „zunehmend konservative, politisch motivierte“ System der Pestizid-Regulierung.

(CDU) setzte sich laut taz „für eine risiko-orientierte Bewertung von Rückständen ein“, da mit den daraus resultierenden Grenzwerten ihrer Meinung nach gesundheitsgefährdende Effekte „praktisch ausgeschlossen werden können“. Politiker*innen aus sechs anderen Mitgliedsländern teilten die Ansicht. Brüssel gab sich im Februar 2020 auf taz-Anfrage noch unentschieden: „Die Festlegung von Rückstandshöchstgehalten für Pestizide, die die Ausschluss-Kriterien erfüllen, ist ein komplexes Thema, über das die Kommission derzeit nachdenkt.“ Aber am Ende des Tages kippte die Europäische Union doch um. In ihrer am 20. Mai 2020 vorgestellten Landwirtschaftsstrategie „Vom Hof auf den Tisch“ zeigte sie sich gegenüber Nahrungsmitteln, die von fernen Höfen auf die europäischen Tische streben, nachsichtig. In dem entsprechenden Passus heißt es, Brüssel gewährte „Einfuhr-Toleranzen für Pestizid-Wirkstoffe, die in der EU nicht mehr genehmigt sind“. Das Mittel der Wahl bei der Prüfung der Unterlagen: die von BAYER & Co. immer wieder eingeforderte Risiko-Bewertung.

Mittels dieser gedenkt die Europäische Union dann auch, „Umwelt-Aspekte“ in den Blick zu nehmen. Zudem bekundete die Kommission, sie wolle sich „gegenüber ihren Handelspartnern, insbesondere gegenüber Entwicklungsländern, tatkräftig dafür einsetzen, den Übergang zu einem nachhaltigeren Einsatz von Pestiziden zu flankieren, um Handelsstörungen zu vermeiden und alternative Pflanzenschutzmittel und -methoden zu fördern“. De facto aber hat die EU mit dem Zugeständnis von „Import-Toleranzen“ ihre Prinzipien verraten. Nicht zuletzt brüskiert sie damit ihre eigenen Landwirt*innen, die auf ihren Feldern weniger gesundheitsgefährdende Chemikalien einsetzen und jetzt Wettbewerbsnachteile fürchten müssen. Vergeblich hatten diese gefordert, „dass für importierte Waren dieselben Kriterien bezüglich Pflanzenschutz-Anwendung und Rückstandswerten angelegt werden wie für Waren aus der EU“ – gegen das Extrem-Lobbying der Agro-Branche war kein Ankommen.

„Brüssel knickt vor BAYER & Co. ein“, resümierte die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) in ihrer Presse-Erklärung dann auch: „Das ist ein Offenbarungseid. Die EU-Kommission räumt den Konzern-Interessen den Vorrang vor der menschlichen Gesundheit ein.“ ←



Alternative Kommunal Politik
Ausgabe 3 | 2020
Mai | Juni
11 Euro
Fachzeitschrift | 41. Jahrgang

CORONA DOSSIER

LAUT UND LEISE

Die Einwanderungsgesellschaft nach Hanau – Gemeinsam gegen Rassismus
Kommunalwahlen in Bayern
Baugesetzbuch: Kein Nachschlag beim Flächenfraß
Bildung für nachhaltige Entwicklung
Mobilität und Gender

AKP

Ausgabe 3 | 2020

LAUT UND LEISE

Vom Lärmaktionsplan und der Hörgesundheit über das Nachtleben bis zu Gehörlosen und Ungehörten in der Kommunalpolitik: Wir spielen die Klaviatur von „Laut und Leise“ rauf und runter.

Weitere Themen:

- Corona-Dossier
- Die Einwanderungsgesellschaft nach Hanau – Gemeinsam gegen Rassismus
- Baugesetzbuch: Kein Nachschlag beim Flächenfraß
- Bildung für nachhaltige Entwicklung
- Mobilität und Gender

Einzelpreis: 11 Euro plus 1,40 Euro Versand
Abopreis (6 Ausgaben): 60 Euro

AKP – Alternative Kommunalpolitik | Luisenstraße 40 | 33602 Bielefeld
Ruf 0521.177517 | Fax 0521.177568

Lesen Sie diese Ausgabe auf www.akp-redaktion.de

Aus für BAYER-Pestizid in den USA

Gericht verbietet Dicamba



Der „U.S. Court of Appeals“ in San Francisco

Die Agro-Chemikalie Dicamba sorgt immer wieder für Ernte-Schäden. Darum erfolgte in den USA nun das Verbot.

Von Jan Pehrke

Auf US-amerikanischen Äckern fand das Pestizid Dicamba in den letzten Jahren eine stärkere Verbreitung, weil die Agro-Riesen es in Kombination mit ihren Gen-Pflanzen vermarkteten. Das ließ allerdings auch die Kritik an Produkten wie XTENDIMAX, im Jahr 2017 von der jetzigen BAYER-Tochter MONSANTO entwickelt, wachsen.

Zahlreiche Landwirt*innen machen die Mittel für Ernte-Schäden verantwortlich. Das Herbizid bleibt nämlich nach dem Ausbringen nicht einfach an Ort und Stelle, sondern verflüchtigt sich und treibt zu Ackerfrüchten hin, die gegen den Stoff gentechnisch nicht gewappnet sind und deshalb eingehen. Allein im Jahr 2019 geschah das auf einer Fläche von mehr als 400.000 Hektar. Viele Farmer*innen zogen deshalb gegen den Leverkusener Multi und andere Hersteller vor Gericht. Ein erster Prozess endete für BAYER und BASF im Februar 2020 mit der Verurteilung zu einer Zahlung von 265 Millionen Dollar Schadensersatz. 170 weitere Verfahren in Sachen „Dicamba-Abdrift“ ste-

hen noch aus. Daneben verklagten der Landwirt*innen-Verband „National Family Farm Coalition“ sowie mehrere Umwelt- und Verbraucher*innenschutz-Gruppen die US-amerikanische Umweltbehörde EPA und verlangten von ihr, die Zulassung zu widerrufen. Am 3. Juni 2020 bekamen die Organisationen vom San Franciscoer „US Court of Appeals“ Recht zugesprochen. Nach Auffassung der Richter*innen hatte die EPA die von Dicamba ausgehenden Risiken „substanziiell unterschätzt“, weshalb die Jurist*innen einen sofortigen Verkaufsstopp anordneten.

BAYER reagierte erwartungsgemäß. „Wir sind mit dem Urteil nicht einverstanden und prüfen unsere nächsten Schritte“, verlautete aus der Konzern-Zentrale. Und den Farmer*innen gegenüber erklärte das Unternehmen, nach wie vor voll hinter Dicamba zu stehen. „Wir sind stolz darauf, Innovationen wie XTENDIMAX voranzutreiben, um den Erzeugern zu helfen, ihre Pflanzen sicher, erfolgreich und nachhaltig vor Unkräutern zu schützen“, hieß es in dem Statement.

Dabei kannte der Global Player die Nebenwirkungen des Pestizids ganz genau. Bereits im Jahr 2009 spielten Berater*innen für seine jetzige Tochter-Gesellschaft MONSANTO ein Szenario durch, bei dem es wegen der Abdrift des Mittels zu Ernte-Verlusten, Schadensersatz-Klagen und schlechter Presse kommt, und wappneten den Multi mit Gegen-Strategien.

Zudem weigerte MONSANTO sich wohlweislich, das Herbizid unabhängigen Wissenschaftler*innen zu Test-Zwecken zur Verfügung zu stellen. Stattdessen erhielten die Beschäftigten die Anweisung, „dass wir alles in unserer Macht Stehende tun müssen, um die Genehmigung zu erhalten“. Damit nicht genug, bestätigte eine neuere Studie einmal mehr die von Dicamba ausgehende Krebs-Gefahr.

Ob das alles ausreicht, das Verbot aufrechtzuhalten, steht allerdings dahin. Eine kleine Aufweichung erreichte die EPA schon: Farmer*innen dürfen das Pestizid noch bis zum 31. Juli, also bis zum Ende der diesjährigen Pflanz-Saison, ausbringen. ←

BAYER in Zeiten von Corona

Profit & Pandemie



Beschäftigte des RESOCHIN-Werkes im pakistanischen Karachi präsentieren stolz das, was damals noch als ein Wundermittel galt

BAYER-Chef Werner Baumann bezeichnete den Leverkusener Multi im Angesicht der Bedrohung durch den Virus als systemrelevant, weil der Konzern auf den Gebieten „Gesundheit“ und „Ernährung“ operiert. Dabei ist er in beiden Bereichen eher Teil des Problems als der Lösung. So hat der Global Player bisher nichts Systemrelevantes zur Eindämmung der Pandemie geliefert. Es blieb bei ein paar milden Gaben, während er selbst ein weit größeres Geschenk erhielt. Das Konjunktur-Paket der Bundesregierung erfüllte fast jeden BAYER-Wunsch.

Von Jan Pehrke

„Gesundheit und Ernährung – diese beiden Branchen erweisen sich in dieser Krise gerade überall als essenziell. Genau in diesen Bereichen ist BAYER heute ein weltweit führendes Unternehmen“, tönte der Vorstandsvorsitzende Werner Baumann am 28. April 2020 auf der Hauptversammlung des Leverkusener Multis. Sogar als „systemrelevant“ bezeichnete er den Konzern. Systemrelevantes in Sachen „SARS-CoV-2“ hatte das Unternehmen allerdings bisher nicht zu bieten. Die Karriere seiner uralten Malaria-Arznei RESOCHIN als Medikament gegen Corona endete genauso schnell, wie sie begonnen hatte.

„Es gibt Hinweise darauf, dass RESOCHIN im Labor und in ersten klinischen Untersuchungen die Virus-Last senkt“, erklärte Baumann am 2. April 2020 in einem *Handelsblatt*-Interview. Und fortan feierte die Aktien-Gesellschaft sich selber: „BAYER hilft wieder einmal im Kampf gegen die neue Coronavirus-Epidemie, indem es mit großer Geschwindigkeit internationale Hilfe mit Medikamenten leistet.“ Als größter Fan von Chloroquin erwies sich der US-Präsident Donald Trump. Wahlweise bezeichnete er das Präparat als „Wundermittel“, „Game-Changer“ oder „Geschenk Gottes“. Sein noch weiter rechts stehender brasilianischer Kollege Jair

Bolsonaro hält ebenfalls große Stücke auf die Pillen. Das blieb nicht ohne Wirkung auf seine evangelikale Anhängerschaft, die ihm vor dem Präsident*innen-Palast ein Ständchen brachte: „Chloroquin, Chloroquin, wir wissen, das Du im Namen von Jesus heilst.“ Als „Kokain der Rechtsradikalen“ bezeichnete der Journalist Reinaldo Azevedo das Mittel nicht ohne Grund. Diese setzen nämlich immer auf einfache Lösungen, und da sich mit RESOCHIN eine pharmazeutische Anbot, griffen sie schnell zu, ehe sie sich den Kopf über Abstände, Hygiene-Regeln oder gar Shutdowns zerbrechen mussten. Auf die Meinung von Expert*innen hören sie dabei wenig bis

gar nicht. Trump entfernte den Chloroquin-Skeptiker Rick Bright von seinem Posten als Leiter der BARDA, die innerhalb des Gesundheitsministeriums unter anderem Forschungsprojekte zu SARS-CoV-2 koordiniert. Und der brasilianische Gesundheitsminister Nelson Teich trat aus freien Stücken zurück, weil er einen klaren Kopf behalten wollte.

Kein Wundermittel

Aber auch in gemäßigeren Kreisen erfreute sich das Pharmazeutikum großer Beliebtheit. So betrieb die Große Koalition Chloroquin-Diplomatie in Pakistan, wo BAYER die Produktion des Mittels wieder hochfuhr. Sie setzte sich dafür ein, „dass ein Teil der Bestände zur Ausfuhr nach Deutschland zugelassen wurde“ und nahm dann dankbar die Spende eines Millionen-Kontingents entgegen. In den USA drängte Trump derweil auf eine Notfall-Zulassung, obwohl es da schon warnende Stimmen gab. Viele Wissenschaftler*innen äußerten Zweifel an den chinesischen und französischen Chloroquin-Studien, weil diese den wissenschaftlichen Anforderungen kaum entsprachen. Weitere Untersuchungen bestätigten dann ihre Skepsis. Bei einer Erprobung der Substanz in Brasilien starben elf Menschen. Und auch eine Untersuchung der Kranken-Akten von 368 Patienten eines US-amerikanischen Militär-Hospitals erbrachte ein beunruhigendes Ergebnis. 28 Prozent der mit dem Chloroquin-Abkömmling Hydroxychloroquin behandelten Ex-Soldat*innen erlagen Covid-19, während es in der Vergleichsgruppe nur elf Prozent waren. In der Folge kam es nicht nur zu immer mehr alarmierenden Befunden, sondern auch vermehrt zu Todesfällen durch Selbstmedikation. Vor allem die Nebenwirkung „Herz-Rhythmus-Störung“ erwies sich als fatal. Die Weltgesundheitsorganisation WHO zog die Konsequenzen und brach ihre Studie ab, während die US-Gesundheitsbehörde FDA ihre Notfall-Zulassung widerrief. Selbst der Sender *Fox News*, der vorher eifrig Chloroquin-Propaganda ausgestrahlt hatte, warnte jetzt: „Das Medikament wird sie töten.“

Daraufhin erhielt der Leverkusener Multi sehr viel Kritik für seinen Umgang mit dem Medikament. „BAYER trat dem Hype nicht entgegen, im Gegenteil“, monierten die Journalisten Christian Baars, Florian Flade und Markus Grill. Der ehemalige Vorsitzende der „Deutschen Herzstiftung“, Thomas Meinertz stimmte mit ein und beichtigte den Konzern der Tatenlosigkeit:

„Wenn man ein Medikament hat, dann ist man als Hersteller eigentlich verpflichtet zu prüfen, ob es in dieser Indikation wirksam ist oder nicht.“ Das taten jedoch andere, und nicht immer ließen sie dabei die gebotene Vorsicht walten. „Der Druck – auch aus der Ärzteschaft – war enorm, unsichere Sachen auszuprobieren“, klagte etwa der Schweizer Infektiologe Hansjacob Furrer. Wolf-Dieter Ludwig von der „Arzneimittel-Kommission der Deutschen Ärzt*innenschaft“ stieß sich vor allem an der vorschleunigen Veröffentlichung von Chloroquin-Studien, deren Resultate dann nachher keinen Bestand hatten. „Das ist absolut typisch für diese Krisen-Situation und für diese Pandemie“, so Ludwig. Und BAYER warf er massives Marketing“ im Zusammenhang mit dem „Wundermittel“ vor.

Auf der Hauptversammlung schaltete der Konzern da einen Gang runter. „Das Malaria-Medikament Chloroquin wird weiterhin als *eine* der möglichen Behandlungsoptionen bei Covid-19-Erkrankungen diskutiert. Bisher lässt sich ein entsprechendes Nutzen/Risiko-Verhältnis allerdings noch nicht belegen“, hielt Baumann fest. Zu den fatalen klinischen Erprobungen von Chloroquin wollte er sich allerdings nicht äußern: „Diese Studien werden von dritter Seite aus federführend durchgeführt. Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass wir über derartige, außerhalb unseres Geschäfts liegende Aktivitäten keine Stellungnahme abgeben können.“ Und dann hatte BAYER ja doch noch etwas gegen Corona im Angebot: Vitamin-Pillen. Eine „[s]tark gestiegene Nachfrage durch COVID-19, z. B. nach Nahrungsergänzungsmitteln“ vermeldete die Aktien-Gesellschaft.

Mehr als „viele, viele bunte Smarties“ kann der Konzern auch schlecht gegen die Pandemie aufbieten. Er hat nämlich Forschungsfelder, welche die Voraussetzungen zur Entwicklung von Corona-Präparaten geboten hätten wie „Tropenmedizin“ oder „Infektionskrankheiten“ schon vor längerer Zeit abgewickelt. „Wir müssen Geld verdienen mit unseren Produkten. Das führt dazu, dass nicht alle Medikamente entwickelt werden, die wir brauchen“, so hat der ehemalige BAYER-Chef Marijn Dekkers diesen Kahlschlag einmal gerechtfertigt. Und Werner Baumann hält an einer solchen Politik fest: „Wir werden und müssen auch weiterhin mit unseren Produkten Geld verdienen, ja. Auch wenn wir weiter steigende Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen planen, werden



Kommt der Corona-Sozialismus?

auch in der Zukunft nicht alle Bedarfe auf allen Indikationsgebieten gedeckt werden können, denn auch hier müssen wir mit begrenzten Mitteln priorisieren.“

Noch nicht einmal mit öffentlichen Geldern haben sich BAYER & Co. dazu bewegen lassen, ihre Aktivitäten in dem Bereich zu verstärken, etwa im Rahmen der „Innovative Medicines Initiative“ (IMI). Diese „Public Private Partnership“ hat die Europäische Union zur Stärkung der europäischen Pharma-Branche im internationalen Wettbewerb initiiert. Zum 5,3 Milliarden Euro schweren Etat schießt sie rund die Hälfte dazu, aber trotzdem lässt sich Big Pharma ihre Agenda nicht von Brüssel bestimmen. So wollte die EU im März 2018 ein medizinisches Projekt starten, um die Mitgliedsländer besser gegen Epidemien zu wappnen. Die Pillen-Riesen blockten das jedoch ab. „Das war für die Pharma-Industrie finanziell nicht interessant“, konstatiert Marine Ejuryan von der Initiative GLOBAL HEALTH ADVOCATES. Projekte wie „Autoimmun-Erkrankungen“ oder „digitale Gesundheit“ erschienen ihr da viel lukrativer.

Im Angesicht von Corona beließ es BAYER bei milden Gaben. Der Leverkusener Multi spendete Medikamente, Desinfektionsmittel, Schutzausrüstungen, Beatmungs- und Test-Geräte. Zudem stellte er Beschäftigte für Corona-Tests ab und verteilte Saatgut und Pestizide an Kleinbauern und -bäuerinnen. Überdies bot das Unternehmen sich an, gegebenenfalls Produktionskapazitäten zur Impfstoff-Fertigung zur Verfügung zu stellen. Und im Bereich „Ernährung“, für den der Leverkusener Multi ebenfalls System-Relevanz reklamiert, sieht es nicht besser aus, ist





Chloroquin: Das Kokain der Rechtsradikalen

er da doch auch eher Teil des Problems als der Lösung. Mit seinen Gen-Saaten und Pestiziden für die Futtermittel-Monokulturen in Lateinamerika steht er nämlich am Anfang jener erbarmungslosen Wertschöpfungskette, die über die Schlachthof-Fließbänder von Tönnies & Co. zu den Fleischtheken der Supermärkte führt.

Ein Wumms fürs Kapital

Die wirtschaftlichen Einbußen des Konzerns durch Covid-19 halten sich bisher in Grenzen. Im ersten Quartal des Jahres profitierte die Pharma-Sparte sogar noch von Vorratskäufen. Allerdings bekam das Unternehmen jetzt deutlich die Nachteile der Strategie zu spüren, die eigene Pro-

duktion von Arneien und Arznei-Grundstoffen zurückzufahren und immer mehr Substanzen auf dem Weltmarkt, bevorzugt in Indien oder China, zuzukaufen. Traten schon in der Vergangenheit wegen des Konzentrationsprozesses bei den Anbietern immer wieder Lieferengpässe auf, so verschlimmerte sich die Lage im Zeichen der Pandemie. „Es war mitunter schwer, an Vorprodukte zu kommen, weil Regierungen den Warenverkehr eingeschränkt hatten“, sagte Werner Baumann in einem FAZ-Interview. Eine Alternative sah er jedoch nicht: „Vor einer Nationalisierung der Lieferketten kann ich nur warnen.“ Und auch an der Globalisierung im Allgemeinen mochte der Ober-BAYER nicht rütteln. „Wir dürfen den offenen und globalen Handel nicht grundsätzlich in Frage stellen. Das wäre meiner Meinung nach eine Katastrophe für die Weltwirtschaft“, so Baumann.

Um die binnenwirtschaftlichen Kapital-Verwertungsbedingungen sorgte sich der BAYER-Chef ebenfalls. Darum gehörte er im April zu denjenigen, die eine Lockerung des Lockdowns anmahnten. „Sowohl Schutz von Risiko-Gruppen als auch ein angemessener Einstieg in den Ausstieg aus den Restriktionen sind durch verantwortungsvolle Entscheidungen mit

Augenmaß möglich“, schrieb er in einem Gast-Beitrag für die FAZ.

Aber das blieb nicht die einzige Forderung von BAYER und anderen Konzernen an die Politik. Der „Bundesverband der deutschen Industrie“ (BDI), der „Verband der chemischen Industrie“ (VCI) und andere Organisationen verlangten umfangreiche Maßnahmen auf nationaler und europäischer Ebene zur Ankurbelung der Wirtschaft und führten dabei alte Wunschlisten neuer Verwendung zu. Dem VCI taten sich die Handlungsfelder „Steuern“, „Investitionen“ und „Energie“ auf. Unter anderem trat er für eine Ausweitung des Verlustrücktrags, eine Senkung der Unternehmenssteuern, verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten, eine Ausweitung der staatlichen Forschungsförderung und eine Reduzierung der Stromkosten ein. Überdies bat sich der Interessensverband ein „Belastungsmoratorium“ aus: Er drängte darauf, geplante Gesetzesvorhaben zum Schutz der Umwelt und andere avisierte „regulatorische Vorschriften“ vorerst auf Eis zu legen.

Und die Bundesregierung lieferte. Sie brachte den Wirtschaftsstabilisierungsfonds auf den Weg, der für Unternehmen ab einem Umsatz von 50 Millionen Euro Bürgschaften und Kredite in einer Größen-

graswurzel revolution



Seit 1972 erscheint die graswurzelrevolution und kommentiert die aktuelle Politik und Kultur aus gewaltfrei-anarchistischer Sicht.

Sie berichtet über:

- Direkte gewaltfreie Aktionen
- Gewaltfreie und anarchistische Bewegungen in anderen Ländern
- Theoretiker*innen des Anarchismus und der Gewaltfreiheit
- Befreiung im Alltag

Jahresabo / Geschenkabo: 38 € (10 Ausgaben)

Schnupperabo: 5 € (8 € Ausland, 3 Ausg., bitte Vorkasse)

Auslandsabo: 48 € / Förderabo: 60 €

Bequem bestellen:

graswurzel.net / abo@graswurzel.net

Abos verlängern sich automatisch. Sie können jederzeit gekündigt werden. Geschenkabos verlängern sich nicht automatisch. Ein Schnupperabo verlängert sich ohne Kündigung zum Jahresabo. Kündigung jederzeit möglich.

ordnung von 600 Milliarden Euro vorsieht. Anfang Juni beschloss die Große Koalition dann das Konjunktur-Paket „Corona-Folgen bekämpfen, Wohlstand sichern, Zukunftsfähigkeit stärken“, das kein „Handlungsfeld“ unbeackert ließ. Es erweiterte wie gewünscht den steuerlichen Verlustrücktrag sowie die Abschreibungsmöglichkeiten und verlängerte die Fristen für die Fälligkeit der Einfuhr-Umssteuer. Zudem gaben Merkel & Co. steuerliche Mittel frei, um die Strom-Preise zu senken und sattelten bei der staatlichen Forschungsförderung noch einmal drauf. Bis zu vier Millionen Euro kann ein einzelnes Unternehmen nun abgreifen.

„Ein Wumms fürs Kapital“ nannte die Wochenzeitung *Jungle World* das Bündel, das die Regierung Merkel da geschnürt hatte. BAYER & Co. hätten es aber gern noch ein wenig wummiger gehabt. Der BDI und sieben weitere Verbände konzertierte CDU und SPD zwar, mit dem Konjunktur-Paket „wichtige Impulse gesetzt“ zu haben, gaben sich damit allerdings noch nicht zufrieden: „Bei einigen Punkten sollten jedoch Nachjustierungen vorgenommen werden.“ Konkret nannten sie unter anderem den Verlustrücktrag und die steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten. „Richtig, aber zu kurz gesprun-

gen“, befand derweil der VCI und forderte ein Wachstumsprogramm. „Dazu gehören zum Beispiel die Unternehmenssteuern auf ein international wettbewerbfähiges Niveau von 25 Prozent zu senken, die digitale und klassische Infrastruktur zu stärken, schnellere Genehmigungsverfahren zu etablieren und den Bürokratie-Aufwand für Unternehmen deutlich zu verringern“, führt die Lobby-Organisation aus.

In anderen Ländern konnten die Konzerne natürlich auch etwas abgreifen. In England gab es gleich bar auf die Hand. 600 Millionen Pfund erhielt BAYER von der britischen Regierung. Und auch auf EU-Ebene geschah etwas. 750 Milliarden Euro will Brüssel für den Wiederaufbau der Wirtschaft in den Mitgliedsländern lockermachen. „Wenn die Konjunktur in Europa nicht anspringt, bekommen wir als Export-Nation ein richtiges Problem. Das hat uns gelehrt“, so der CDU-Fraktionsvorsitzende Ralph Brinkhaus zum Sinn der Übung.

Staatliche Eingriffe

Dabei beließ es die Politik jedoch nicht. Sie entfaltete zusätzlich noch Aktivitäten unterschiedlichster Art. So befugte das Infektionsschutz-Gesetz die Bundesregierung, bei „epidemischen Lagen von natio-

nalener Tragweite“ in das Heiligste von BAYER & Co. einzugreifen, das Patentrecht, sollte sie die Versorgung der Bevölkerung mit dringend benötigten Arzneien anders nicht gewährleisten können. In Sachen „CUREVAC“ sicherte die Große Koalition sich diesen Zugriff schon im Vorhinein. Der Bund erwarb 23 Prozent der Anteile an dem Unternehmen, das an einem Impfstoff gegen Covid-19 arbeitet. Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) begründete diesen Schritt mit der Notwendigkeit, „elementare Schlüsselindustrien am Standort zu erhalten und zu stärken“ und die industrielle Souveränität Deutschlands zu wahren. Vorher hatte es Gerüchte um einen Börsengang der Firma in den USA sowie um das Bemühen Donald Trumps, CUREVAC in die USA zu locken, gegeben. Um es ausländischen Konzernen schwerer zu machen, deutsche Gesellschaften zu übernehmen, senkte Altmaier überdies die Genehmigungspflicht für Beteiligungen. Schon ab einem Erwerb von zehn Prozent der Anteile bedarf es dafür nach der Änderung des Außenwirtschaftsgesetzes nun der Zustimmung der Bundesregierung.

Zudem sah die Politik wegen der Lieferengpässe von Medikamenten, die in den Zeiten von Corona noch einmal ver-

Schon getestet?

Die linke überregionale Tageszeitung.



Kauf am Kiosk.


Mo – Fr 1,80 € Sa 2,20 € Alle belieferten Verkaufsstellen unter jungewelt.de/kiosk



stärkt auftraten, Handlungsbedarf. Die Bundesregierung legte deshalb ein Programm zur Förderung einer inländischen Pharmazeutika-Produktion auf, und auch auf europäischer Ebene geschieht etwas. In martialischen Worten beschreibt ein Berichtsentwurf des „Ausschusses für Umwelt-Fragen, öffentlichen Gesundheit und Lebensmittelsicherheit“ das Problem. „Der Bereich der öffentlichen Gesundheit hat sich zu einer geostrategischen Waffe entwickelt, mit der ein ganzer Kontinent in die Knie gezwungen werden kann. Unser Souveränitätsverlust offenbart sich im Rahmen dieser Pandemie klar und deutlich“, hieß es in dem Dokument. Darum plädiert die Berichterstatterin Nathalie Colin-Oesteré dafür, steuerliche und andere finanzielle Anreize zu schaffen, um Wirkstoff-Produktionen nach Europa zurückzuholen. Sie geht aber noch weiter und erklärt es für notwendig, „pharmazeutische Einrichtungen ohne Erwerbzzweck und von allgemeinem Interesse ins Leben zu rufen, die in der Lage sind, bestimmte prioritäre Arzneimittel herzustellen“. Auch schlägt sie der EU-Kommission vor, einen Korb mit Medikamenten zu harmonisierten Preisen vorzuhalten, „um wiederkehrenden Engpässen zu begegnen und

sicherzustellen, dass Patienten Zugang zu einer Behandlung haben“. Nach freier Marktwirtschaft hört sich das alles dann auch nicht an. Dementsprechend fallen dann auch manche Reaktionen aus. BOEHRINGER-Chef Hubertus von Baumbach ereifert sich aus Anlass der Änderung des Außenwirtschaftsgesetzes über „planwirtschaftliche Eingriffe“. Und der Vorsitzende der Monopol-Kommission, Achim Wambach, konstatiert „massive Eingriffe des Staates in die Wirtschaft“. Die *Rheinische Post* spricht ebenfalls von einer „Rückkehr der Staatswirtschaft“ und beschwört warnend den Geist von Ludwig Erhard – im Fall von Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble vergeblich. Den treibt nämlich derzeit ein ganz anderer um. „Es mag Sie überraschen, aber ich bin ein großer Anhänger der Lehre von John Maynard Keynes, der in Krisenzeiten eine starke Rolle des Staates fordert“, lautete sein Kommentar zum 750 Milliarden Euro schweren Wiederaufbau-Programm der EU. Diese Eingriffe kommen nicht von ungefähr. Im Angesicht von Corona haben sich gerade die kapitalistischen Gesundheitssysteme als äußerst defizitär erwiesen. Das Virus traf auf kaputtgesparte Kran-

kenhäuser mit einer ausgedünnten Personal-Decke und eine Pharma-Industrie, die mit leeren Händen dastand und zudem über überaus fragile, da über den ganzen Erdball verlaufende Wertschöpfungsketten verfügte. Und dazu kam noch eine Privatisierung der Gesundheitsrisiken, die US-amerikanischen Corona-Patient*innen für eine Behandlung sage und schreibe Rechnungen von bis zu 35.000 Dollar aufbürdete. Was bei einigen Beobachter*innen für einen Rotschock sorgte, werteten andere schon als Chance für einen „Corona-Sozialismus“. Während BAYER-Chef Baumann zumindest die Globalisierung bedroht sieht, setzen andere Apologet*innen des derzeitigen Wirtschaftssystems derweil auf eine „schöpferische Zerstörung“ durch SARS-CoV-2. „Nicht jede Insolvenz ist von Nachteil für die Wirtschaftsstruktur“, befindet etwa Achim Wambach. Und der VCI-Präsident Christian Kullmann konstatiert: „Die Starken werden stärker werden, die Schwachen schwächer. Das ist das brutale Gesetz der Krise.“ Momentan ist es noch zu früh für abschließende Urteile. Eines jedoch dürfte klar sein: Auf die eine oder andere Art wird die Pandemie die Ökonomie verändern. ←



Informativ, knapp und klar:

Ossietsyky

Die Schaubühne seit 1905
Die Weltbühne seit 1918
Ossietsyky seit 1998

»Der Krieg ist ein besseres Geschäft als der Friede. Ich habe noch niemanden gekannt, der sich zur Stillung seiner Geldgier auf Erhaltung und Förderung des Friedens geworfen hätte. Die beutegierige Canaille hat von eh und je auf Krieg spekuliert.«
Carl von Ossietzky in der Weltbühne vom 8. Dezember 1931

Ossietsyky erscheint alle zwei Wochen – jedes Heft voller Widerspruch gegen angstmachende Propaganda, gegen Sprachregelung, gegen das Plattmachen der öffentlichen Meinung durch die Medienkonzerne, gegen feigen Selbstbetrug.

Ossietsyky herausgegeben von Matthias Biskupek, Rainer Butenschön, Daniela Dahn, Rolf Gössner, Ulla Jelpke und Otto Köhler, begründet 1997 von Eckart Spoo.

Ossietsyky – die Zeitschrift, die mit Ernst und Witz das Konsensgeschwafel der Berliner Republik stört.

Ossietsyky Verlag GmbH • ossietsyky@interdruck.net
Siedendolsleben 3 • 29413 Dähre • www.ossietsyky.net

BAYER speist Geschädigte ab

Der Glyphosat-Deal



Der Mediator: Kenneth Feinberg

Ende Juni 2020 kam es im Mediationsverfahren in Sachen „Glyphosat“ zu einer Einigung. Damit will BAYER den Fall endgültig zu den Akten legen und wieder „Kurs auf die Zukunft nehmen“.

Von Jan Pehrke

Am 24. Juni 2020 vermeldete BAYER die Einigung in dem Mediationsverfahren um die Klagen von Glyphosat-Geschädigten, das der Jurist Kenneth Feinberg leitete. Mit der Zahlung von 8,8 bis 9,6 Milliarden Dollar möchte der Konzern drei Viertel der anhängigen 125.000 Fälle abschließen. 1,25 Milliarden hält er für potenzielle künftige Vereinbarungen mit Patient*innen vor, die am Non-Hodgkin-Lymphom leiden. Für die Krebskranken bleiben so pro Person nur 60.000 bis 70.000 Dollar übrig; ein Nichts in Anbetracht der geraubten Lebensjahre. Zum Vergleich: Im ersten vor Gericht ausgetragenen Glyphosat-Prozess erhielt der Schul-Hausmeister Dewayne Johnson 39 Millionen Dollar an Schadensersatz zugesprochen. Überdies beabsichtigt der Leverkusener Multi allen, die in Zukunft durch das von ihm unter dem Produkt-Namen ROUNDUP vermarktete Ackergift Gesundheitsschäden erleiden, den Rechtsweg zu verbauen. „[O]b ROUNDUP das Non-Hodgkin-Lymphom verursachen kann“, soll stattdessen ein „unabhängiges Wissenschaftsgre-

mium (Class Science Panel)“ feststellen. „Dadurch wird diese Entscheidung anstelle von Jury-Verfahren wieder in die Hände sachkundiger Wissenschaftler gegeben“, befindet der Global Player. Allerdings braucht er für diese „Justizreform“ noch den Segen der Gerichte. Eine Verantwortung für die Risiken und Nebenwirkungen dieser Agrochemikalie übernimmt BAYER mit diesen Vereinbarungen nicht. „Sie enthalten keinerlei Eingeständnis einer Schuld oder eines Fehlverhaltens“, hält die Aktien-Gesellschaft fest. Dabei liegen eben dafür eindeutige Beweise auf dem Tisch, welche auch die jetzige BAYER-Tochter MONSANTO schon seit über zehn Jahren kennt. So informierte ein Beschäftigter die Toxikologin Donna Farmer laut internen Firmen-Dokumenten bereits im Jahr 2008 über eine Untersuchung, die einen eindeutigen Zusammenhang zwischen Herbizid Glyphosat und dem Non-Hodgkin-Lymphom belegt. „Die Fall-Kontroll-Studie ergibt ein Chancen-Verhältnis von 2,02 für Glyphosat-Exposition (eine zweifache Wahrscheinlichkeit,

die Krankheit zu bekommen)“, hieß es in der Mail.

Warnungen vor der Gefährlichkeit des Mittels muss der Konzern aber trotzdem nicht auf den Glyphosat-Behältnissen anbringen, obwohl Vergleiche in Produkthaftungsverfahren sonst immer mit dieser Verpflichtung einhergehen. Aber die US-Regierung entband den Leverkusener Multi unlängst von diesem Zwang. Daran stieß sich James Hayes, einer der US-amerikanischen Glyphosat-Kläger, gegenüber der COORDINATION GEGEN BAYER-ER-GEFAHREN (CBG) besonders: „Es ist enttäuschend zu hören, dass keine Warnhinweise auf ihren (BAYER-)Produkten erscheinen werden.“

Die Medien feierten den Deal derweil als Befreiungsschlag. Gabor Steingart etwa fand in seinem *Morning-Briefing*-Podcast diese Worte: „Der Chef der BAYER AG hat einen fulminanten Durchbruch erzielt. Er wird knapp zehn Milliarden Euro an die Glyphosat-Kläger überweisen und ist das leidige Thema damit los.“ Das wird die CBG allerdings zu verhindern wissen. ←

Der Roman „Einer aus Wiesendorf“ von Edith Lutz

Es war einmal ein Konzern



Foto: BAYER

Der Eingang zum Leverkusener BAYER-Werk 1944 nach einem Luftangriff

Edith Lutz erzählt entlang der Arbeitsbiographie des Chemie-Beschäftigten Walter Paul von den großen und kleinen Verbrechen eines mächtigen Unternehmens, von Zwangsarbeit, Vernichtungslagern und einem Patentraub. Der Konzern heißt „Mayer“, und der Roman spielt in Wiesendorf. Aber natürlich ist jede Ähnlichkeit mit einem tatsächlich existierenden Multi rein zufällig ...

Von Marius Stelzmann

Der BAYER-Konzern hat bereits eine lange Geschichte hinter sich. Insbesondere im Nationalsozialismus hat er sich als Mitgründer des Industrie-Konglomerats IG FARBEN in dramatischer Weise schuldig gemacht. Die IG FARBEN, und BAYER als Teil von ihr, war Förderer und Komplize der Nazis, Lieferant des Gases Zyklon B

und Betreiber eines eigenen Konzentrationslagers auf dem Auschwitz-Gelände. Geschichte lässt sich jedoch nicht nur anhand der großen wirtschaftlichen und politischen Entwicklungslinien von Gesellschaften darstellen, sie lässt sich auch im Kleinen anhand von Einzelschicksalen erzählen, die über sich hinausweisen.

Diesen Ansatz verfolgt der historische Roman „Einer aus Wiesendorf“ von Edith Lutz. Er zeichnet die Lebensgeschichte des Vaters der Autorin nach, der im Buch Walter Paul heißt. Das ist jedoch nicht die einzige Verfremdungseffekt, zu dem Lutz greift. Sämtliche Personen-, Orts- und Firmennamen sind abgeändert. Die

historischen Vorbilder lassen sich jedoch mühelos identifizieren, vom „Mayer“-Werk zum BAYER-Werk und von Wiesendorf zu Wiesdorf führt kein weiter Weg. Trotzdem macht die Fiktionalisierung Sinn. Sie erlaubt es der Schriftstellerin nämlich, Wiesendorf/Wiesdorf und Walter Paul auch einmal zu verlassen und ins Herz der Finsternis vorzudringen: ins IG-Konzentrationslager Buna-Monowitz. Lutz erschafft hierfür die Figur des jüdischen Häftlings Achim, dessen Erlebnisse auf den Zeugnissen von realen Monowitz-Überlebenden wie Jean Améry, Primo Levi, Imo Moszkowitz, Eli Wiesel und anderen beruhen.

Der Roman setzt mit dem Tod des Vaters ein, der 1968 starb, als Edith Lutz 19 Jahre alt war. Der ungewöhnlich frühe Tod, der sich darüber hinaus unter ungeklärten Umständen vollzieht, gibt der Autorin Anlass, das Leben des Vaters noch einmal Revue passieren zu lassen und es genauer zu betrachten. Sie nimmt den Vater hierbei nicht als tadellose Lichtgestalt wahr, sondern stellt ihn mit all seinen Widersprüchen dar. Als eine Person, die zwar lange pazifistische, linken, sozialistischen Idealen anhing, aber dennoch zur Zeit des Nationalsozialismus eine für die „Mayer-Werke“ kriegswichtige Erfindung macht: den neuartigen, vielseitig verwendbaren Hartgummi-Klebelack „Plastifix“.

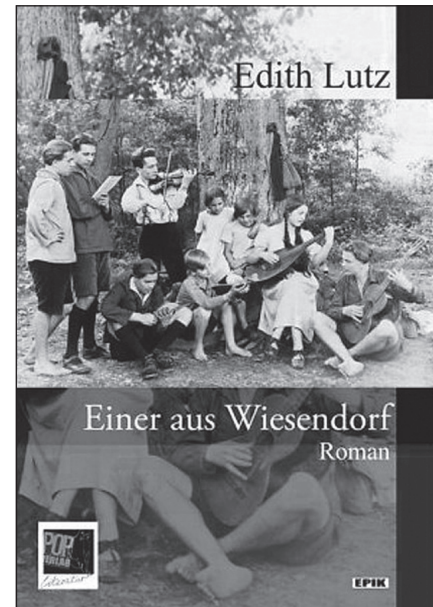
Lutz lässt die Leser*innen teilhaben an den Gedanken des Vaters, die von der Vorstellung beherrscht sind, das sein neues Produkt bald schon breite Anwendung erfahren wird. Einerseits ist Walter Paul erfüllt von Erfinderstolz und der Freude darüber, als einfacher Vorarbeiter etwas geschaffen zu haben, wofür in den „Mayer“-Werken eigentlich die Abteilung für Forschung und Entwicklung zuständig ist. Andererseits bemerkt er jedoch auch schnell, dass er für seine Leistung von der Werksleitung nicht gerade eine große Anerkennung erfährt. Selbst um eine kleine Prämie muss er streiten. Auch macht ihm das Bewusstsein zu schaffen, einen Beitrag zum Funktionieren der nationalsozialistischen Kriegsmaschinerie geleistet zu haben. In diese sind die „Mayer-Werke“ – ebenso wie ihr historisches Vorbild – tief verstrickt. Der Konzern beschäftigt Zwangsarbeiter*innen, und auch der mittlerweile von der NS-Führung für seine Erfindung mit dem Kriegsverdienstkreuz zweiter Klasse ausgezeichnete Werkmeister bekommt eine Gruppe zugeteilt. Zwar denkt Walter Paul von sich, diese als „seine Arbeiter“ gut zu behandeln,

er tut dies jedoch nicht immer. So spritzt er einen Sklavenarbeiter einmal gegen dessen Willen zur Reinigung mit dem Wasserschlauch ab. Nach dem Krieg trifft Paul ihn zufällig noch einmal wieder und ist ganz konsterniert, von diesem zunächst den Tätern zugerechnet zu werden.

Nach dem von den Nationalsozialisten bis zum bitteren Ende weitergeführten Krieg sieht sich Walter Paul in „Wiesendorf“ einer Ruinenlandschaft gegenüber. Die erklärte Zielsetzung der Alliierten, die kriegswichtige Industrie Deutschlands zu zerlegen, damit sich der NS nie wieder erheben kann, macht den Angestellten der „Mayer“-Werke Angst. Doch diese erweist sich als unbegründet. Bald schon nämlich schwenken die West-Alliierten um und bauen die BRD zu einem antikommunistischen Bollwerk um – zugunsten des deutschen Kapitals und zu Ungunsten der Entnazifizierung. Darum boomt der „Plastifix“-Handel in den „Mayer“-Werken bereits nach kurzer Zeit wieder. Walter Paul wird als Spezialist für sein Produkt in die Betreuung der zahlreichen Kund*innen eingebunden und knüpft selbstständig Geschäftskontakte.

Aber dann wendet sich das Schicksal. Eines Tages macht er sich auf in die Geschäftsstelle, um eine gerechte Beteiligung an den Gewinnen einzufordern, die seine mittlerweile zwei Erfindungen abwerfen. Die überraschende Reaktion des Konzerns: Die Direktion teilt Paul mit, dass gegen ihn wegen Diebstahls, Geheimnisverrat und Urkundenfälschung ein Verfahren eröffnet wird. Der Werkschutz nimmt Walter Paul zusammen mit der Polizei direkt mit auf die Wache und verhört ihn. Früh vermutet der Wiesendorfer, dass er ausgebootet werden soll, damit der Konzern die „Plastifix“-Erlöse nicht teilen muss. Er hat zwar wirklich kleinere Mengen von Chemikalien aus Beständen entwendet, für die das Unternehmen keine Verwendung mehr hatte, aber das stellt für das Unternehmen nur einen Vorwand dar, denn der Geheimnisverratsvorwurf ist aus der Luft gegriffen. Der Prozess bestätigt dann seine Vermutungen: „Mayer“ hat nämlich während der juristischen Auseinandersetzung Patente auf die Erfindungen des Angestellten angemeldet – etwas, was der Konzern vorher aus für Walter Paul unerfindlichen Gründen vermieden hatte.

Während des Verfahrens prüft ein engagierter Schöffe die Rechtslage und stellt eindeutig fest: Der Erfinder hätte am Gewinn beteiligt werden müssen. Aber in



das Urteil findet das keinen Eingang – der Richter fühlt sich eher „Mayer“ verpflichtet. So sieht sich Walter Paul schließlich um den Ertrag seines Lebenswerkes gebracht.

Langjährige SWB-Leser*innen denken hier gewiss an das Los des Düsseldorfer Ingenieurs Heinz Süllhöfer, dessen geistiges Eigentum an einer Maschine zur Herstellung von Kunststoff-Platten sich der Leverkusener Multi einst dreist aneignete. So wenig, wie Süllhöfer je darüber hinweg kam, so wenig gelingt das in dem Buch Walter Paul. Er kann die erlittene Ungerechtigkeit nicht ertragen, verfällt dem Alkohol und zieht sich aus seinen sozialen Beziehungen zurück. Der Tod erreicht ihn unerwartet nach einem Kur-Aufenthalt. Dies geschieht kurz nachdem er bei „Mayer“, wo er nach langem Kampf wieder eine Arbeitsstelle erhalten hatte, eine neue patentreife Erfindung machte.

Die jüngste Tochter wird von diesen Ereignissen aufgeschreckt und beginnt, in der Vergangenheit des Vaters zu graben. Die Ergebnisse liegen jetzt in Buch-Form vor. Mit „Einer aus Wiesendorf“ ist es Edith Lutz gelungen, ein lebendiges und spannendes Werk zu einer gesellschaftlich hochrelevanten Thematik zu schreiben. Differenziert und nie verurteilend nähert sie sich den handelnden Personen und zeigt stets deren Verflechtung in die gesamtgesellschaftlichen Strukturen auf. Es geht der Autorin nämlich „um mehr als ein Einzelschicksal“, wie es im Klappentext heißt: „[D]enn die Kräfte, denen ‚Einer aus Wiesendorf‘ zum Opfer fällt, sind die gleichen, die für das Leid einer Vielzahl von Menschen verantwortlich sind: das Streben nach Macht und Profit.“ ◀

Die BAYER-Hauptversammlung 2020

Missglückte Flucht



Schnappschuss aus dem Online-Stream der CBG zur BAYER-Hauptversammlung

*Weltweit steht kein Unternehmen so unter Beobachtung wie der BAYER-Konzern. Seit 1978 schon schaut ihm die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN auf die Finger, rund um die Uhr, rund um den Globus. Auf den Hauptversammlungen der Aktionär*innen ist sie seit 1982 präsent. Von Anfang an versuchte der Leverkusener Multi, diese Kritik loszuwerden. Dazu war ihm jedes Mittel recht. Er diffamierte und verleumdete, unterwanderte und schleuste Spitzel ein, doch nichts fruchtete. Ein Vorstandsvorsitzender nach dem anderen trat ab, doch die Coordination blieb. Damit sollte 2020 endgültig Schluss sein: Im Windschatten der Corona-Pandemie hebelte der Global Player die Aktionär*innen- und Grundrechte aus und floh mit seiner Hauptversammlung ins Internet. So wollte er sich der Proteste entledigen. Doch die Rechnung ging nicht auf.*

Von Marius Stelzmann und Axel Köhler-Schnura

Die Aktionär*innen-Hauptversammlungen des BAYER-Konzerns sind weltweit einzigartig. Seit 1982 werden sie durchgehend von Protesten begleitet. Nicht nur auf der Straße, vor den Türen der Hauptversammlung, sondern auch im Saal an den Mikrofonen werden die Kehrseiten der Profite und die Verbrechen des Unternehmens thematisiert. Gegenmaßnahmen

des Konzerns – und davon gab es viele – fruchteten nicht. Jahr für Jahr übertragen Hunderte von Aktionär*innen der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) immer wieder aufs Neue zehntausende Aktien-Stimmrechte. Einmal waren es sogar Millionen, was die CBG in die Lage versetzte, die Tagesordnung verändern zu können.

HV-Kritik seit 1982

Dutzende der von BAYERs Geschäftspolitik betroffenen Menschen aus aller Welt – Medikamentengeschädigte, Anwohner*innen der Werke, Pestizid-Vergiftete und andere – sie alle erhalten durch die Stimmrechte der Kritischen Aktionär*innen der CBG auf jeder Hauptversammlung eine Stimme. Darüber

hinaus reicht die Coordination zu allen Tagesordnungspunkten regelmäßig Gegenanträge ein.

Zunehmend ging es auf den Hauptversammlungen des BAYER-Konzerns nicht mehr nur um Profit, Gewinn und Dividende, sondern um die Kehrseiten der Bilanzen. Dutzende Redner*innen thematisierten die Risiken und Nebenwirkungen der gnadenlosen Profit-Jagd: die Umweltverschmutzung, die Klima-Erwärmung, die Gesundheitsschädigung durch BAYER-Produkte, die Arbeitsplatz-Vernichtung und andere Konzern-Verbrechen.

Im Jahr 2019 dann die geschichtlich einmalige Sensation: Was sonst immer nur die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN gefordert hatte, wurde Wirklichkeit: Die Hauptversammlung entlastete BAYERS Vorstandsvorsitzenden Werner Baumann nicht! Dieses historische Ereignis wurde möglich, weil die Glyphosat-Prozesse dem Konzern gleichzeitig moralischen und wirtschaftlichem Schaden einbrachten. Die von der Öffentlichkeit in aller Welt aufmerksam verfolgten juristischen Verfahren mit ihren Schadenersatz-Urteilen hatten dramatische Folgen für BAYER. Glyphosat wurde der Inbegriff für alles, was im agro-industriellen Modell der Landwirtschaft schiefläuft. Zu guter Letzt veränderte dies auch die Haltung der Aktionär*innen. Sie verkauften ihre Papiere in Panik, der Kurs der BAYER-Aktie stürzte daraufhin massiv ab. Das Unternehmen verlor zwischenzeitlich mehr als die Hälfte seines Börsenwertes. Als Folge davon traten „Großinvestoren“ wie BLACKROCK und andere auf den Plan und entzogen dem Vorstand am 26. April 2019 ebenfalls das Vertrauen. Zwar gab der Aufsichtsrat noch in der Nacht nach der HV ein Treuebekenntnis ab und hielt den Vorstand unverändert im Amt, doch änderte das nichts an der Tatsache, dass eine Mehrheit aller Aktien gegen den BAYER-Chef Werner Baumann gestimmt hatte. Und das waren immerhin fast 300 Millionen Aktien!

Wenning muss gehen

Noch vor der Hauptversammlung 2020 wirkte das HV-Desaster aus dem Jahr 2019 nach. Zur Bilanz-Presskonferenz im Februar 2020 wurde ohne Nennung weiterer Gründe bekannt gegeben, dass der Aufsichtsratsvorsitzende Werner Wenning vorzeitig gehen muss. Klar war hier, dass Wenning abgestraft werden sollte, denn er war es, der die Übernahme von MONSANTO eingefädelt hatte und mit

seinem Schützling Werner Baumann realisierte. Soweit die Vorgeschichte. Was dann kam, stellte allerdings alle Vorstellungen für die diesjährige Hauptversammlung auf den Kopf.

Für die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN starteten die Vorbereitungen bereits im Dezember 2019. Bis sich die Welle des Protestes aufschaukeln kann, muss nämlich lange vorgearbeitet werden. Es gilt, Bündnispartner*innen einzubinden und Kontakte in alle Welt aufzubauen. Planen, planen, planen, heißt die Devise. Die CBG wollte sich frühzeitig rüsten, denn sie weiß um die Bereitschaft des Konzerns, dem Protest und Widerstand immer wieder Steine in den Weg zu legen.

Als das neue Jahr begann, fühlte sich die CBG gut aufgestellt. Schließlich hatte sie Auftrieb durch die letzte Hauptversammlung bekommen, als die Coordination nicht nur den größten Protest in der Geschichte des Konzerns auf die Beine gestellt, sondern darüber hinaus daran mitgewirkt hatte, ein historisches Novum zu schaffen: Die Nicht-Entlastung eines BAYER-Vorstands.

Im Windschatten dieses Erfolges vermochte die CBG ihr Protest-Bündnis stark zu verbreitern. Die junge Protestbewegung der FRIDAYS FOR FUTURE (FFF), welche die letzte Hauptversammlung mit einer 500 Personen starken Demonstration heimgesucht hatte, setzte 2020 passenderweise einen Klimastreik kurz vor der Hauptversammlung an: Am 24. April. Auch hatte sich zu Beginn des Jahres das „BLOCK BAYER“-Bündnis konstituiert, welches zivilgesellschaftliche Blockaden der Pestizid-Produktionsstätten des Leverkusener Multis plante, um auf die verheerenden Folgen von Glyphosat & Co. für Mensch, Tier und Umwelt aufmerksam zu machen.

Weg vom Freitag

Die Konzernführung beobachtete den sich organisierenden und vernetzenden zivilgesellschaftlichen Widerstand sorgfältig und plante ihre Antwort. Der erste Schritt kam zu Jahresanfang. War die Hauptversammlung ursprünglich immer auf einen Freitag terminiert, so änderte BAYER das diesmal. Das Unternehmen legte das Aktionär*innen-Treffen erstmals auf einen Dienstag. Offensichtlich hatte der Vorstand keine Lust, nochmals Besuch von FRIDAYS FOR FUTURE zu erhalten.

Ende Februar dann die Bilanz-Presskonferenz des BAYER-Konzerns. Der Termin

für die HV 2020 wurde da offiziell verkündet: Dienstag, 28. April. Ein nicht nur im Hinblick auf den Wochentag wohlweislich gewähltes Datum. An diesem Tag fand nämlich zufällig auch die RWE-Hauptversammlung statt, und der Konzern baute darauf, dass der Klima-Protest dorthin ziehen würde. Das nach dem Aktienrecht vorgesehene Prozedere zur HV sollte dann Anfang März mit der offiziellen Einladung des Konzerns starten.

Parallel zu diesen Entwicklungen hatte sich allerdings der Corona-Virus ausgebreitet, was weltweit für mehr und mehr Veränderungen im normalen gesellschaftlichen Geschehen sorgte. So auch in Deutschland. Kaum war die Einladung zur Hauptversammlung von BAYER veröffentlicht, erfolgten die ersten Verordnungen zu Verboten von Veranstaltungen. Die Hauptversammlungen der Konzerne waren ebenfalls davon betroffen. Es machte sich Unsicherheit breit, einige Konzerne gaben Verschiebungen ihrer Aktionär*innen-Versammlungen bekannt. Bei BAYER allerdings herrschte Schweigen im Walde. Die Öffentlichkeit wunderte sich, Woche um Woche verstrich, der Termin der

GRÜNE LIGA Netzwerk
Ökologischer
Bewegungen

DER RABE RALF

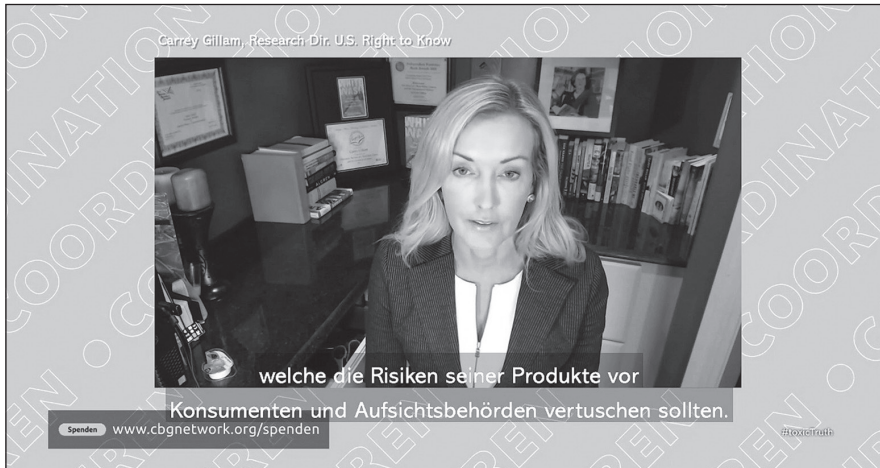
Die Berliner Umweltzeitung



**Unkonventionelles und
Hintergründiges aus der
vielfältigen Umweltszene
Tipps, Termine & Adressen**

Kostenlos an vielen Berliner
Auslageorten wie Bibliotheken,
Bio- und Umweltläden
oder für jährlich 25 Euro
per Abo ins Haus.

Kostenlose Probenummer:
DER RABE RALF
Prenzlauer Allee 8, 10405 Berlin
Tel. 030 / 44 33 91-47
raberalf@grueneliga.de
www.raberalf.grueneliga-berlin.de



Die Journalistin Carey Gillam von U.S. RIGHT TO KNOW im CBG-Stream

Hauptversammlung wurde nicht geändert. Nicht bekannt war allerdings, dass BAYER längst im Stillen mit seinen Lobby-Verbänden und einer Beraterfirma die Bundesregierung massiv bearbeitete, um rechtliche Voraussetzungen für eine Verlagerung von Hauptversammlungen ins Internet zu erreichen. Und der Multi hatte damit Erfolg: Im Schatten der weltweiten Corona-Pandemie erwirkte BAYER in Kooperation mit anderen Konzernen ein Aktionärs-Notstandsgesetz, das als Teil des „Gesetzes zur Abmilderung der Folgen der COVID-19-Pandemie“ ohne jede öffentliche und

ohne jede demokratische Debatte am Bundestag vorbei durchgepeitscht wurde.

Der BAYER-Coup

Offenkundig war das von langer Hand geplant, denn die Konzerne träumten schon lange von virtuellen Hauptversammlungen im stillen Kämmerlein ohne lästige Proteste. Die Corona-Pandemie kam da nur zur rechten Zeit und lieferte einen Vorwand. Entsprechend verkündete der Konzern kurz nach der Verabschiedung die Corona-Notstandsverordnung, die Hauptversammlung ins Internet verlegen zu wollen.

Womit das Unternehmen allerdings nicht gerechnet hatte, war die Gegenwehr, die die CBG in Kooperation mit dem DACH-VERBAND DER KRITISCHEN AKTIONÄRINNEN UND AKTIONÄRE organisierte. So veröffentlichten die beiden Initiativen einen Offenen Brief, der „die beispiellose Aushebelung der Aktionärs- und Grundrechte“ massiv anprangerte. Diese Kritik fand sofort ihren Weg in die Öffentlichkeit. Selbst traditionelle Kleinaktionärsvereinigungen und die Wirtschaftspresse von *Handelsblatt* bis *Wirtschaftswoche* und *Capital* schlossen sich der im Offenen Brief zum Ausdruck kommenden Bewertung des undemokratischen BAYER-Vorgehens an. Das Schreiben, auf das der Konzern nie offiziell reagiert hat, ist auf der CBG-Internetseite zu finden: www.CBGnetwork.org.

Bereits vor der Corona-Krise war es der CBG überdies gelungen, Kontakt zu den US-amerikanischen Kritiker*innen von BAYER/MONSANTO aufzunehmen. Zu diesen zählt die Journalistin Carey Gillam, die von MONSANTO wegen ihrer Recherchen mit einer massiven Schmutzkampagne überzogen wurde. Auch vernetzte die Coordination sich mit zahlreichen Menschen, die durch Glyphosat gesundheitlich geschädigt wurden.

Enkeltauglich leben

Wirtschaft ohne Wachstumszwang | Commons | Landwende | Subsistenz | selbstbestimmtes Lernen | Permakultur | Beitragen auf Augenhöhe | Ausstieg aus der Tauschlogik | Kunst des Augenblicks | Leben in Gemeinschaft

Kostenloses Probeheft auf:
www.oya-online.de



Kontakte baute die CBG zudem in vielen anderen Ländern auf: Kanada, Neuseeland, Australien, viele Staaten Lateinamerikas, aber auch in anderen europäischen Nationen wie der Schweiz, Österreich oder auch Frankreich fand sie Kooperationspartner*innen.

In Deutschland schuf die CBG ebenfalls ein breites Bündnis des Protestes. Dieses umfasste neben BLOCK BAYER und FRIDAYS FOR FUTURE u. a. die Partei DIE LINKE, INKOTA, MISEREOR, die ARBEITSGEMEINSCHAFT BÄUERLICHE LANDWIRTSCHAFT, OXFAM, den BUND, SUMOFUS, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und COLABORA TOGETHER. Viele der Gruppen stimmten schon im Vorfeld mit Presseklärungen auf die HV ein, und fast alle lieferten auch am Tag selber Beiträge.

Proteste trotz Corona

Die Notstandsverordnung zum Aktienrecht erlaubte es BAYER nicht nur, das Rederecht der Aktionär*innen zu suspendieren und nur noch – vorher einzureichende – Fragen zuzulassen, sondern auch noch eine ganze Reihe weiterer undemokratischer Einschränkungen vorzunehmen. Der Konzern erhoffte sich davon, die Proteste der CBG sowie der anderen Kleinaktionär*innen auszuhebeln. Die

Fristen für die Abwicklung der Formalitäten wurden von ursprünglich sechs Wochen auf wenige Tage verkürzt. Die Verfahren für Aktionär*innen, um an der HV überhaupt teilnehmen, die Stimmrechte übertragen, Fragen stellen und abstimmen zu können, wurden zudem massiv verkompliziert, was die abschreckende Wirkung noch einmal erhöhen sollte.

Doch die CBG trug dieser veränderten Situation Rechnung. In Windeseile wurden die mehreren hundert mit der CBG kooperierenden Aktionär*innen informiert. Gemeinsam mit ihnen setzte die Coordination dann alle technischen Anforderungen um. So wurde es möglich, mehrere zehntausend Stimmrechte zu realisieren, mehrere Dutzend Konzern-Kritiker*innen in der virtuellen HV bei BAYER zu platzieren, weit über einhundert Fragen einzureichen und an der Abstimmung über alle Anträge teilzunehmen.

Protest real & virtuell

Parallel dazu gingen die anderen Vorbereitungen der Coordination gegen BAYER-Gefahren weiter. Dabei hielt die CBG an der Tradition fest, die Proteste zur BAYER-Hauptversammlung mit einer Auftakt-Veranstaltung einige Tage vor der eigentlichen HV einzuläuten. Seit jeher



führt die Coordination nicht nur Aktionen durch, sondern liefert auch Argumente für die Konzern-Kritik. Dies wollte sie auch in diesem Jahr tun, allerdings notgedrungen komplett online, in Form eines international besetzten Podiums.

Und da die CBG damit rechnete, dass die Proteste in ihrer ursprünglichen Gestalt keinen Eingang in BAYERs Online-Stream finden würden, stellte sie eine ganztägige Parallelaktion im Netz auf die Beine. Hier sollten neun Stunden lang begleitend zur BAYER-Hauptversammlung Kritiker*innen des Konzerns aus aller Welt zu Wort kommen. Zugleich war geplant, BAYERs Online-HV in Live-Blöcken zu bestimm-

ROTE HILFE E.V.
Unsere Solidarität gegen ihre Repression!
 info@rote-hilfe.de ★ www.rote-hilfe.de

Die Rote Hilfe ist eine parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation. Die Rote Hilfe organisiert nach ihren Möglichkeiten die Solidarität für alle, unabhängig von Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung, die in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden.

Spendenkonto: Rote Hilfe e.V.
 Sparkasse Göttingen
 IBAN: DE25 2605 0001 0056 0362 39
 BIC: NOLADE21GOE

DIE ROTE HILFE
 erscheint viermal im Jahr und kostet 4 Euro, im Abonnement 20 Euro im Jahr. Für Mitglieder der Roten Hilfe e.V. ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. **Gefangene erhalten die Zeitung kostenlos.**

Erhältlich auch in gut sortierten Bahnhofsbuchhandlungen



Analog ist besser: CBG-Proteste vor BAYERs Konzern-Zentrale in Leverkusen

ten Uhrzeiten zu kommentieren. Überdies war die Möglichkeit gegeben, dass sich zu diesen Nachrichten-Blöcken auch Journalist*innen per Hotline direkt durchschalten lassen und Fragen stellen konnten. Unter dem Motto „BAYER geht online, der Protest auch“ wurden die Proteste auf allen für die CBG erreichbaren Internet-Kanälen im In- und Ausland bekannt gemacht: auf *YouTube*, verschiedenen Internetseiten, *Facebook*, *Twitter* etc.

Trotzdem fand die CBG es aber auch nach wie vor sehr wichtig, auf der Straße zu demonstrieren. Doch wo, wenn es keine reale HV gibt? Natürlich vor dem BAYER-Studio in der Leverkusener Konzern-Zentrale! Mit einer solchen Demonstration sollte nicht nur die Tradition des Straßenprotestes zur BAYER-HV fortgeführt werden, es sollte auch deutlich gemacht werden, dass sich Protest selbst in Zeiten von Corona nicht zum Schweigen bringen lässt und dass die Coordination Grundrechte auch in dieser Situation verteidigt wissen will. Ihr war aber klar, dass sie um eine solche Demonstration kämpfen musste.

Zunächst erhielt die Coordination den Bescheid, dass alle Kundgebungen verboten seien – und einen Insider-Hinweis mit der Information, dass der „Krisenausschuss“ der Stadt Leverkusen auf Druck „einer bestimmten Firma“ hin ein komplettes Demonstrationsverbot für Leverkusen erlassen hätte.

Doch glücklicherweise kam das Bundesverfassungsgericht zu Hilfe. Es stellte kurz vor der Hauptversammlung in einem Grundsatz-Urteil fest, dass auch in Corona-Zeiten Demonstrationen unter besonderen Voraussetzungen zugelassen werden müssten. Entsprechend erneuerte die CBG ihren Antrag und machte coronagerechte Vorschläge für die Aktion. Und tatsächlich bekam sie einen Tag vor der HV per Email eine Sondergenehmigung. Dabei war sie bereits darauf vorbereitet, Rechtsmittel gegen das Verbot einlegen zu müssen. Mit politischer Hartnäckigkeit und juristischer Argumentation hatte die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN so das Recht auf die Demonstration am Tag der HV durchgesetzt.

Erste Aktionen

Aber schon davor war so einiges los. Am 23. April hielten INKOTA, MISEREOR und die Rosa-Luxemburg-Stiftung ein Webinar zu den doppelten Standards von BAYER und BASF bei ihren Pestizid-Geschäften in Brasilien und Südafrika ab und schalteten dabei auch Aktivist*innen aus diesen Ländern zu. Am darauffolgenden Tag fand der Online-Klimastreik von FRIDAYS FOR FUTURE statt. Unter anderem präsentierten die Aktivist*innen im Internet eine Deutschland-Karte, auf der mensch in seiner jeweiligen Stadt mit Protest-Fotos zumindest virtuell vor Ort sein konnte, was die CBG – zusammen mit 87.000 anderen digitalen Mitstreiter*innen – auch nutzte. Und zu dem am 25. April im World Wide Web von MULTIWATCH aus Basel im World Wide Web organisierten „March against BAYER & SYNGENTA“ schickte die Coordination eine Video-Botschaft. Am 26. April fand dann wie geplant die internationale Online-Auftaktveranstaltung der CBG zu den HV-Protesten 2020 statt. Moderiert wurde sie von Christiane

Nachhaltig, fair & verantwortungsvoll.

Wir sind die Ökopioniere seit 1989 mit dem Einkaufsführer für nachhaltigen Konsum und gutes Leben.

GUTSCHEIN

Bitte gewünschte Ausgabe(n) ankreuzen, Ihre Adresse und € 2,70 Porto in Briefmarken an uns senden. Um den Gutschein per E-Mail einzulösen, mailen Sie an info@greenya.de

Nord-Ost (MV, BB, HH, SH)
 Nord-West Jubiläumsausgabe

Weitere Ausgaben sind in Vorbereitung.

greenya Verlag OHG | Lasbeker Str. 9 | 22967 Tremsbüttel
Fon +49 (0) 4532 - 21402 | Fax +49 (0) 4532 - 22077
info@greenya.de | www.greenya.de

greenya f. CBG 26.11.19

jetzt NEU:
greenya NordWest
FÜR NRW, Bremen &
Niedersachsen



Schnura und Marius Stelzmann von der CBG.

- > Lena Luig von INKOTA stellte dabei die Studie „Gefährliche Pestizide“ über die Pestizid-Verkäufe von BAYER und BASF in Südafrika und Brasilien vor. BAYER vermarktet in den untersuchten Ländern 15 Ackergifte, die keine EU-Genehmigung haben. Bei fünf davon lehnte Brüssel eine Zulassung wegen der Gesundheitsschädlichkeit der Mittel explizit ab oder widerrief diese.
- > Falko Schröder von FRIDAYS FOR FUTURE gab zwei Tage nach dem Online-Klimastreik aus gegebenem Anlass Informationen zum Klimakiller BAYER und zu dem Druck, den das Unternehmen auf die Regierungen ausübt, um weiter ungehindert Kohlendioxid ausstoßen zu können.
- > Anna Schönberg von der AKTION UNTERHOLZ berichtete über den praktischen Widerstand gegen die von BAYER, RWE & Co. betriebene klimazerstörende Geschäftspolitik.

- > Der US-Amerikaner Jeffrey Smith vom „Institute for Responsible Technology“ schaute tief ins Herz der Finsternis des agro-industriellen Modells von BAYER/MONSANTO, für das Glyphosat ein Sinnbild geworden ist. Sein Fazit: „Ein System, das die Intelligenz der Natur nutzt, braucht so etwas alles nicht“.
- > Die bekannte Fernsehköchin und grüne EU-Politikerin Sarah Wiener schloss sich diesem Statement an und zog eine verheerende Bilanz der grünen Pestizid-Revolution.

Der große Tag

Am Tag der Hauptversammlung, am 28. April, dann die beiden Großprojekte: Die Kundgebung vor der Konzern-Zentrale und die ganztägige Protest-Begleitung von BAYERS Online-HV im Internet. Zur realen Demonstration vor der Konzern-Zentrale in Leverkusen hatten sich morgens um 9 Uhr 16 Teilnehmer*innen eingefunden. Vertreten waren neben der CBG die Partei DIE LINKE, Landwirt*innen, BLOCK BAYER und EXTINCTION REBELLION.

Der bekannte Liedermacher Konstantin Wecker schickte ein Video-Grußwort, mit dem die Kundgebung per Lautsprecher eröffnete. Die Reden der Aktivist*innen, die alle live in den Protest-Stream der CBG eingespeist wurden, hatten nicht zuletzt das Versagen von BAYER im Angesicht der Corona-Pandemie zum Thema, was auch zur Forderung führte, den Konzern unter demokratische Kontrolle zu stellen. Und die Transparente der Kundgebung thematisierten dieses Mal nicht nur die Risiken und Nebenwirkungen von BAYERS gnadenloser Profit-Jagd, sondern auch die Aushebelung von Aktionär*innen- und Grundrechte durch das Unternehmen. Sogar für ein kleines Kulturprogramm war gesorgt. Das Kölner Demo-Urgestein Klaus, der Geiger bestritt es. Der neunstündige Online-Protest-Stream zur BAYER-HV bildete am 28. April das Kernstück des Protestes. Da kamen dann alle Probleme und Verbrechen auf die Tagesordnung, die bei der BAYER-Veranstaltung durch Abwesenheit glänzten. In einem ebenso kurzweiligen wie umfang-

SoZ Sozialistische Zeitung
 Nr. 6-10, Jg. Juni 2020 - € 5,50 - www.sozonline.de

PEST FLEISCH

Früchse geflügelt €49
 Hähnchen €66
 Schweinefleisch €69
 Rindfleisch €79

DAS GESPRÄCH
 Seite 5
 Gespräch mit...
 Interview mit...

SCHWERPUNKT
 Seite 10-16
 Die weltweite Pandemie...
 Interview mit...

RETTUNGSPAKETE
 Seite 17-19
 Die Corona-Krise...
 Interview mit...

ÖKONOMIE
 Seite 20-22
 Die Corona-Krise...
 Interview mit...

INTERNATIONALES
 Seite 23-25
 Die Corona-Krise...
 Interview mit...

FEUILLETON
 Seite 26-28
 Die Corona-Krise...
 Interview mit...

SoZ Sozialistische Zeitung

Monatlich mit 24 Seiten Berichten und Analysen zum alltäglichen kapitalistischen Irrsinn und den Perspektiven linker Opposition

In den letzten Ausgaben: Wie Seuchen produziert werden – Chinas Umgang mit Corona – Die Lage der Arbeitsmigranten in den Schlachthöfen – das Konjunkturpaket und der neue Schuldenberg – Gesundheitspolitik im Betrieb

Probeausgabe kostenlos

Probeabo (3 Ausgaben) gegen 10-Euro-Schein (keine automatische Verlängerung)

Bestellung an: VSP e.V. · Regentenstr. 57-59 · 51063 Köln

Telefon (02 21) 9 23 11 96 · redaktion@soz-verlag.de · www.sozonline.de

reichen und sachkundigen Programm informierte die CBG den ganzen Tag durchgängig. Natürlich wurde da auch immer wieder darüber gesprochen, wie Konzernmacht eingedämmt und gebrochen werden kann. Nicht umsonst stand morgens bei der Real-Kundgebung auf einem der Transparente bereits die Losung „Brecht die Macht der Konzerne!“.

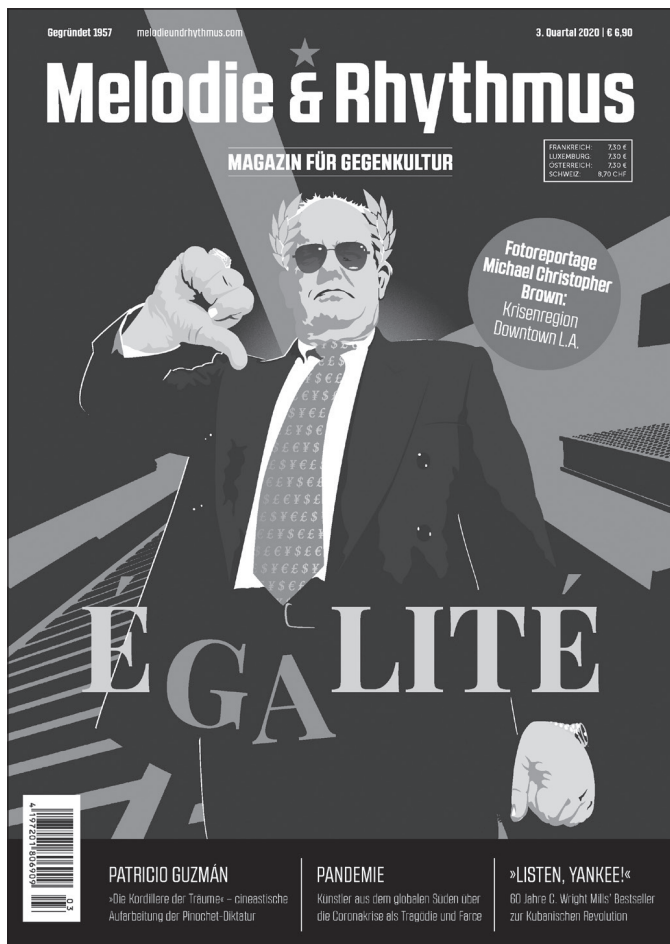
Viele, teils prominente Gäste und hochkarätige Vertreter*innen aus Politik, Gesellschaft und Kultur gingen für die CBG auf Sendung. Von der Partei DIE LINKE war die Bundestagsabgeordnete und ehemalige Fraktionschefin Sarah Wagenknecht zugeschaltet. Ebenso Gesine Lötzsch, auch Bundestagsabgeordnete sowie stellvertretende Fraktionschefin der Partei DIE LINKE und nicht zuletzt Eva Bulling-Schröter, ehemalige Bundestagsabgeordnete der Linken und CBG-Beiratsmitglied. Von den Grünen sprachen die ehemalige Ministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Renate Künast, sowie der Bundestagsabgeordnete Harald Ebner. Zudem gab es Statements von Betroffenen der Geschäftspolitik von BAYER. So kamen Glyphosat-, DUOGYNON- und Verhütungsmittel-Geschädigte zu Wort. Auch ehemalige Heimkinder, an denen der

Pharma-Riese einst Medikamente getestet hatte, erhielten ein Forum. Die Videos dokumentierten in erschütternder Weise die Schicksale der von den BAYER-Produkten geschädigten Menschen. Viele hatten neben ihren gesundheitlichen auch finanzielle und soziale Schäden erlitten, die sie ihr ganzes Leben lang begleiten. Die Solidarität mit ihnen stellt eine der zentralen Säulen dar, auf denen die CBG ruht. Für BAYER wiederum ist der Kampf dieser Menschen um Schuldeingeständnisse des Vorstands und um angemessene Entschädigungen einer der Gründe dafür gewesen, in eine virtuelle Hauptversammlung zu flüchten, anstatt das Aktionär*innen-Treffen zu verschieben.

Weltweite Beteiligung

Durch die Corona-Pandemie war es für unsere vielen ausländischen Gäste aus Lateinamerika, USA, Kanada und anderen Ländern nicht möglich, nach Deutschland zu reisen. Carey Gillam und andere internationale Gäste, darunter auch Glyphosat-Geschädigte, schafften es aber dennoch, am Tag der HV mit eigens aufgenommenen Videoclips oder per Live-Zuschaltung ihre Stimmen hörbar und ihren Protest sichtbar zu machen.

Jeder Block des Online-HV-Protestes wurde von CBG-Vorstand Jan Pehrke eröffnet. Der für *Stichwort BAYER* verantwortliche Redakteur sprach am Morgen Einführungsworte, kommentierte und ordnete ein, was an dem Tag nebenan bei BAYER geschah und hielt nach, was BAYER-Chef Werner Baumann bei der Beantwortung der Kritiker*innen-Fragen „vergaß“. Aber das tat nicht nur Pehrke. Zahlreiche Netz-Aktivist*innen waren dem Aufruf der CBG gefolgt und haben dem BAYER-Chef Werner Baumann bei seinen Ausführungen genau auf den Mund geschaut. Wenn er etwa auf den Klimawandel zu sprechen kam, posteten sie den genauen Kohlendioxid-Ausstoß des Konzerns: 3,71 Millionen Tonnen im Jahr 2019. Und wenn es um die Glyphosat-Klagen ging, lieferten sie die genaue Anzahl nach. Aber es gab natürlich nicht nur „Fakten, Fakten, Fakten“. Unter dem Hashtag „#meineStimmeGegenKonzernverbrechen“ fand sich natürlich auch beißende Kritik wie diese: „Das ist ein Zynismus sondergleichen: Ein Mittel wie Glyphosat verkaufen, bei dem ich davon ausgehe, der Gewinn ist immer noch höher als das, was ich den Opfern, die daran krebskrank werden, als Entschädigung zahlen muss: Das ist BAY-



JETZT AM KIOSK!

MELODIE & RHYTHMUS 3/2020

SCHWERPUNKT ELITE:

Schöner wohnen im Sozialbau:
ehemalige Arbeiterwohnungen für die »Kulturelite«

Gegen den Strom schwimmen:
Das Medienkollektiv Redfish begleitet die Kämpfe linker Aktivisten auf der ganzen Welt

Paul Weller:
Für eine menschliche Gesellschaft und eine friedliche Revolution

MELODIEUNDRHYTHMUS.COM

ERs menschenverachtende Kalkulation, die dahintersteht“. Und in Zeiten von Corona geriet vor allem die Pharma-Sparte in den Blick: „BAYERs Ausrichtung am Shareholder Value begünstigt Forschung in den Bereichen, in denen man Medikamente mit Mondpreisen verkaufen kann, und widerspricht der nötigen Forschung in Impfstoffe und andere elementaren Medikamente.“ Und da die Coordination im Vorfeld für solche Messages einen großen Resonanz-Raum organisiert hatte, braute sich in den sozialen Netzwerken ganz schon was über den Leverkusener Multi zusammen.

Beim Leverkusener Multi war dagegen schon um 16.00 Schluss. Bereits zu dieser Zeit beendete der Konzern – historisch einzigartig – die Frage-Runde und leitete die Abstimmungen ein.

BAYER-Vorstand Werner Baumann hatte vor der HV großmundig angekündigt, alle Fragen von Aktionär*innen zu beantworten. Tatsächlich geschah dies nicht. Der CBGler Axel Köhler-Schnura nahm dazu im *WDR* Stellung: „BAYER verlangte, dass alle Fragen zwei Tage vor der HV schriftlich eingereicht werden. Damit hatte der Konzern genügend Zeit, sich vorzubereiten. Er fasste die Fragen unter allgemeinen Oberthemen zusammen, zog seine vorgefertigten Stellungnahmen aus der Schublade und verlas sie. Das war's!“ Und so musste auch BAYER gegenüber dem Sender zurückrudern: „Die Fragen konnten nicht alle in vollem Wortlaut vorgetragen werden, deshalb wurden die Fragen so zusammengefasst, dass das Thema für die Zuhörer verständlich war. Die Fragen wurden so beantwortet.“ Kein Dialog, keine



Still von der Video-Botschaft des ehemaligen Heimkindees Eckhard Kowalke, an dem BAYER einst Arzneien testete

Nachfragen. Überdies blieben die Namen der Fragenden unerwähnt — wenn es sich nicht gerade um Großaktionär*innen handelte.

Um ca. 17.45 Uhr meldete sich dann die Coordination zum letzten Mal zu Wort. CBG-Gründer Axel Köhler-Schnura und CBG-Geschäftsführer Marius Stelzmann präsentierten eine Tour de Force der Verbrechen des Konzerns: IG FARBEN-Gründung, Medizin-Verbrechen, Umweltsünden. Und bekräftigt wurde einmal mehr das Versprechen der CBG für 2021 und die nächsten Jahre: Sie wird dem Konzern auf den Fersen bleiben!

15 % gegen den Vorstand

Insgesamt konnte ein positives Fazit der Aktionen gezogen werden: Hunderte von Aktionär*innen hatten der CBG ihre Stimmrechte übertragen. Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN war mit Tausenden von Aktien auf der Online-HV präsent. Mehr als 100 kritische Fragen wurden von dutzenden Konzern-Kritiker*innen gestellt. Bei den Abstimmungen votierten viele Millionen Aktien mit der CBG für „Nein“ und stattdessen

für die Nicht-Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat sowie gegen die maßlose Dividenden-Ausschüttung. Weitere zig Millionen Aktien enthielten sich der Stimme. Überhaupt musste BAYER erstmals seit langer Zeit wieder die Enthaltungen bekanntgeben, womit der Gesamtumfang der nicht mit dem Vorstand konform gehenden Aktien deutlich wurde. Bei der Entlastung des Vorstands stimmten mehr als 43 Mio. Aktien mit „Nein“, viel mehr als zu allen anderen Tagesordnungspunkten. Insgesamt ca. 15 Prozent aller Aktien optierten für „Nein“ oder eine Enthaltung. Und: Viele Tausende Male wurden die Online-Proteste der CBG über den Tag im Internet aufgerufen, und die Medien berichteten über die Demonstration vor der Konzern-Zentrale in Leverkusen. Die Flucht des BAYER-Konzerns mit dem Ziel, die Proteste im Umfeld der HV und auf der HV selbst einzudämmen oder gar zu unterbinden, war damit gründlich missglückt! Die Freund*innen der CBG waren ebenfalls rundum zufrieden. „Toll, wie ihr das auf die Beine gestellt habt. Und post coronam gehen wir wieder auf die Straße“, schrieb etwa Konstantin Wecker. ←

ila

Seit mehr als 40 Jahren bringt die *ila* kritische Analysen zur Politik, Wirtschaft und Kultur Lateinamerikas.

Wir berichten aus der Perspektive der sozialen Bewegungen und all den anderen Kräften, die für Alternativen zum neoliberalen Modell kämpfen.

Wer mehr über die *ila* wissen will, kann uns gerne auf unserer Website besuchen.

www.ila-web.de



Die BAYER-Hauptversammlung 2020

BAYER allein zu Haus

So richtig nett ist's nur im Internet: Die BAYER-HV einmal anders

*Der BAYER-Konzern hat immer schon nichts unversucht gelassen, um sich auf seinen Hauptversammlungen Protest vom Hals halten zu können. Dieses Mal instrumentalisierte er die Corona-Pandemie und verlegte sein Aktionär*innen-Treffen kurzerhand ins Internet. Konzern-Kritiker*innen mussten so draußen bleiben. Nur ihre Fragen an den Vorstand erhielten Einlass.*

Von Jan Pehrke

Im Jahr 2017 hielt der BAYER-Konzern Hauptversammlungsprotestler*innen auf Abstand, indem er ihnen ein Riesen-Zelt vor die Nase setzte. „Terror-Gefahr“ lautete die Begründung, welche die Polizei einfach übernahm. 2020 schließlich nutzte der Global Player Corona für seine Zwecke aus. Statt das Aktionär*innen-Treffen zu verlegen, wie es andere Unternehmen vorgemacht hatten, berief er eine Online-

HV ein, ohne kritische Aktionär*innen und ohne Reden. Nur Fragen, die zwei Tage vorher eingereicht werden mussten, ließ der Pillen-Riese zu.

Er war am 28. April 2020 also ganz allein zu Haus. Eine 5-köpfige Rumpfbelegschaft, bestehend aus dem Vorstandsvorsitzenden Werner Baumann, Finanzvorstand Wolfgang Nickl, dem Aufsichtsratschef Werner Wenning, seinem designierten

Nachfolger Norbert Winkeljohann und Aufsichtsratsvize Oliver Zühlke, bestritt die ganze Hauptversammlung. Nur einen Notar hatte die Riege noch an ihrer Seite. Baumann sah BAYER deshalb ganz weit vorne. In seiner obligatorischen Eröffnungsrede nahm er für den Agro-Giganten angesichts der „ersten virtuellen Hauptversammlung eines DAX-Unternehmens“ in Anspruch, ein „digitaler Pionier zu

sein“ – „Baumann ist gerne der Erste und Schnellste“, bemerkte die *Süddeutsche Zeitung* dazu süffisant. Der Manager vergoss aber pflichtgemäß auch ein paar Krokodilstränen. „[S]ehr gerne hätte ich Sie heute persönlich vor Ort in Bonn begrüßt. Aber die Corona-Krise lässt das leider nicht zu“, gab er zu Protokoll. Und die Pandemie beschäftigte ihn an diesem Tag auch weiterhin. Seiner Ansicht nach zeigt diese nämlich, dass BAYER in den richtigen Geschäften aktiv sei. „Gesundheit und Ernährung – diese Branchen sind systemrelevant“, so der Vorstandschef. Systemrelevantes hat der Konzern da allerdings nicht zu bieten. In Sachen „SARS-CoV-2“ blieb es bei Geld- und Sachspenden, der Bereitstellung von Desinfektionsmitteln, Beatmungsgeräten, Apparaturen zur Virus-Diagnostik und der Abstellung von 140 Beschäftigten zur Arbeit in COVID-19-Testlaboren. Medizinisch steht die größte deutsche Pillen-Schmiede mit leeren Händen da. Baumann vermeinte zwar „erste Hinweise“ auf eine Wirksamkeit der Uralt-Arznei Chloroquin bei der Behandlung der Infektion zu haben, diese verdichteten sich in den bisherigen Studien jedoch nicht.

Trotzdem hat Corona sogar zu einem Umsatz-Wachstum im ersten Quartal 2020 geführt. Neben „Vorratskäufen“ nannte das Unternehmen hierfür die „[s]tark gestiegene Nachfrage durch COVID-19, z. B. nach Nahrungsergänzungsmitteln“, als Grund. BAYER rechnet jedoch ebenfalls mit einer Rezession in Folge der Pandemie und brachte die ökonomische Krise gleich schon mal auf der Großbaustelle des Konzerns in Anschlag: den Glyphosat-Verfahren. Bei den laufenden Mediationsgesprächen haben nämlich nicht nur Termin-Absagen wegen Corona „den Verhandlungsfortschritt erheblich verlangsamt“, wie der Vorstandsvorsitzende kundtat, sondern nicht zuletzt auch das Bestreben BAYERs, die Ungunst der Stunde zu nutzen, um mit den Rechtsanwält*innen bereits vereinbarte Entschädigungslösungen wieder in Frage zu stellen.

Die juristischen Auseinandersetzungen hielten Baumann allerdings nicht davon ab, weiter in Treue fest zu Glyphosat zu stehen. Auch auf Dicamba, das zweite gerichtsnotorische Pestizid des Leverkusener Multis, ließ er nichts kommen. Schließlich vermeldete der Große Vorsitzende noch einige Erfolge bei den Arbeitsplatz-Vernichtungen, bzw. „Portfolio-, Effizienz- und Strukturmaßnahmen“ und gab einige Lip-



penbekenntnisse zur Nachhaltigkeit ab, bevor er zum Schluss kam.

So weit, so ungut und altbekannt. Im Anschluss begann auch wie üblich die „Aussprache“. Aber da wurde dann alles anders, weil die Fragen kein Gesicht mehr hatten. Eine Rede ging ihnen ebenfalls nicht mehr voraus. Noch nicht einmal namentlich zuordnen mochte das Unternehmen sie. Und damit fehlte das Wesentliche. Er macht eben einen fundamentalen Unterschied, ob etwa eine Medikamenten-Geschädigte vor das Mikrofon tritt, ihre Leidensgeschichte erzählt und am Schluss fragt, wann BAYER die betreffende Arznei endlich vom Markt zu nehmen gedenkt, oder ob es einfach heißt: „Eine Aktionärin fragte nach dem Produkt DUOGYNON.“ Zudem ist es nichts weniger als das pure Informationsbedürfnis, das die Menschen an das Rede-Pult treibt. Überdies sprechen sie nicht ins Nichts hinein. Sie haben vielmehr Adressaten: die Manager*innen des Konzerns und die Aktionär*innen, die sie am Schluss ihrer Ausführungen stets auffordern, Aufsichtsrat und Vorstand nicht zu entlasten und stattdessen der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) ihre Stimme zu übertragen. Tatsächlich passiert das auch nicht zu knapp. Und nicht zuletzt kommt es bei den Aktionär*innen-Treffen immer wieder zu Begegnungen, beispielsweise zwischen Imker*innen und Investmentbanker*innen, die ebenfalls ihre Spuren hinterlassen.

Guck & Horch

Dies alles fiel am 28. April weg, als es an die Beantwortung der Fragen – allein 115 von insgesamt 19 Personen hatte die

CBG eingereicht – ging. Nur eines blieb beim Alten: die Art und Weise, wie der Konzern sich um korrekte Antworten herummogelte. So geriet Werner Baumann das Schmieren einer US-amerikanischen Journalist*innen-Vereinigung zum Zweck der Pflege der publizistischen Landschaft unter der Hand zu einem zivilgesellschaftlichen Engagement: „BAYER unterstützt seit Langem auch gemeinnützige Organisationen, die den Journalisten-Beruf fördern.“ Auch Maßnahmen gegen unliebsame Presse-Vertreter*innen hatten ihm zufolge weder der Konzern selbst noch seine Tochter-Gesellschaften je getroffen. Der ehemaligen *Reuters*-Journalistin Carey Gillham, deren Arbeitgeber MONSANTO laut internen Firmen-Dokumenten „weiter Druck bei jeder Gelegenheit, die sich uns bietet“ machen wollte, weil sie kritisch über Glyphosat & Co. berichtete, beschied der BAYER-Chef: „Wir respektieren die Unabhängigkeit von Journalisten und Medien-Vertretern und engagieren uns für einen transparenten und fakten-basierten Austausch.“ Und Spionage-Methoden hat der Konzern laut Werner Baumann weder in ihrem Fall angewandt noch bei ihren Kolleg*innen oder Aktivist*innen, Politiker*innen und anderen „Stakeholdern“, die in den berühmten-berühmten MONSANTO-Listen auftauchten. Über Karl Bär vom UMWELTINSTITUT hatten BAYER und/oder MONSANTO nicht weniger als 1.049 Datensätze zusammengetragen. Sogar dessen Besuch der Jahreshauptversammlung des Gartenbau-Vereins Oberleiterbach war in den Dossiers verzeichnet. Trotzdem behauptete der Agro-Riese an dem Tag steif und fest, Bär sei nicht Opfer einer geziel-



HV-Echo

A. K.: Wir waren total enttäuscht, dass viele Fragen nur sehr kurz und allgemein (und unkritisch) paraphrasiert wurden.

M. K.: Einen großen Dank zurück an die so arbeitsintensive Einsatzbereitschaft des CBG-Teams, ich bin berührt von so viel weitsichtiger Liebe und daraus Tatkraft gegen Ungerechtigkeit, Blindheit, und Gier.

Dr. R. G.: Danke und Kompliment für die hervorragend formulierten Gegenanträge an die HV und all die Begleitaktionen!

E. S.: Bravo und danke an das gesamte Team der CBG – es hat mich sehr gefreut, von euch zu hören und zu sehen.

G. W.: Gemeinsam sind wir nicht nur stark, sondern auch unerträglich!

ten Personen-Fahndung geworden, das Unternehmen wäre vielmehr nur seinem berechtigten Interesse nachgegangen, mittels bestimmter Suchbegriffe Meinungen und Trends zu erfassen.

Auch um die Frage nach den Lobby-Aktivitäten des Pillen-Riesen im Allgemeinen und nach der Anzahl der Treffen mit Bundestagsabgeordneten wand Werner Baumann sich herum. Dennoch erlaubt seine Antwort einen Einblick in den Umfang des Antichambrierens, das der Leverkusener Multi betreibt: „Im Rahmen der politischen Arbeit in Berlin unterhält BAYER Kontakte zu den Ministerien, deren Zuständigkeiten in Politik-Feldern liegen, die für das Unternehmen hohe Relevanz haben (...) Dazu zählen unter anderem die Ressorts Wirtschaft und Finanzen, Arbeit und Soziales, Forschung, Gesundheit, Ernährung und Landwirtschaft sowie Entwicklungszusammenarbeit.“ Und diese Kontakte nutzte der Global Player auch, um vor der zu erwartenden gesammelten Konzern-Kritik ins World Wide Web flüchten zu können. Lobbyismus wollte Finanz-Vorstand Wolfgang Nickl das allerdings nicht nennen. Er drückte es vornehmer aus: „Gemeinsam mit einer Vielzahl anderer Emittenten (Aktien-Gesellschaften,

Anm. SWB) haben auch wir uns vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie und der behördlichen Versammlungsverbote in die Diskussion um die Ermöglichung von virtuellen Hauptversammlungen durch den Gesetzgeber eingebracht.“

Glyphosat & Co.

In die Diskussion um die Risiken und Nebenwirkungen von Pestiziden hat sich der Agro-Riese auf diese Weise ebenfalls schon häufig eingebracht. Und Werner Baumann ließ sich von den Unbedenklichkeitsbescheinigungen, die er Glyphosat & Co. in seiner Rede ausgestellt hatte, auch von den Fragesteller*innen aus den Reihen MISEREORs, der Imker*innen, der ARBEITSGEMEINSCHAFT BÄUERLICHE LANDWIRTSCHAFT, des PESTIZID AKTIONS-NETZWERKES, des INSTITUTES FOR RESPONSIBLE TECHNOLOGY, des DACHVERBANDES DER KRITISCHEN AKTIONÄRINNEN UND AKTIONÄRE und von BEYOND PESTICIDES, COLABORA TOGETHER oder INKOTA nicht abbringen. „Glyphosat ist bei sachgerechter Anwendung sicher“, konstatierte der Ober-BAYER. Pestizide aus der Gruppe der Neonicotinoide schädeten Bienen nicht, wiegelte er weiter ab, und mitnichten

NEUERSCHEINUNG

Stefan Stache/Wolf von Matzenau (Hrsg.) Was heißt Erneuerung der Linken?

Sozial-ökologischer Umbau und ein Sozialstaat für das 21. Jahrhundert



VSA:
Stefan Stache/Wolf von Matzenau (Hrsg.)
Was heißt Erneuerung der Linken?
Sozial-ökologischer Umbau und ein Sozialstaat für das 21. Jahrhundert
In Kooperation mit
spw

Mit einer zukunftsfähigen Konzeption, die den sozial-ökologischen Umbau mit dem Ausbau und der Modernisierung des Sozialstaates verbindet, könnte die Erneuerung der gesellschaftlichen Linken insgesamt gelingen.

192 Seiten, € 16.80, März 2020

VSA-Verlag, in Kooperation mit **spw**

jetzt bestellen (versandkostenfrei):

spw-verlag@spw.de

oder als Prämie fürs ABO sichern

hätte Dicamba in den USA durch Abdrift Ernten vernichtet. Die Existenz von doppelten Standards bei der Vermarktung der BAYER-Ackergifte in den Staaten des globalen Südens stellte Baumann schlicht in Abrede. Er sprach stattdessen von „spezifischen agronomischen Bedingungen der jeweiligen Länder“, denen es gerecht zu werden gelte. Wenn ein Produkt in der Europäischen Union nicht zugelassen sei, sage das noch nichts über seine Sicherheit aus, meinte der Vorstandschef zudem. Dementsprechend wenig hielt er von der Maßnahme Frankreichs, ein Export-Verbot für Ackergifte ohne EU-Genehmigung zu verhängen: „Wir bedauern diese Entscheidung, denn sie schwächt die Wettbewerbsfähigkeit der französischen Produktionsstätten.“

Alternativ-Modelle zur Agrarchemie, wie sie der indische Bundesstaat Sikkim praktiziert, verwirft der Manager. Einer radikalen Landwende, die Bernward Geier von COLABORA TOGETHER mit Verweis auf diese Region einforderte, setzte er das Konzept „nachhaltige Intensivierung“ entgegen. Dieses baut unter anderem auf die „Präzisionslandwirtschaft“ der BAYER-Tochter CLIMATE CORPORATION mit ihrer digitalen Plattform FIELDVIEW. Drohnen,

Sensoren und Satelliten sammeln da Informationen über das Wetter, die Bodenbeschaffenheit, Pflanzenkrankheiten und Schadinsekten. 39 Millionen Hektar haben diese Tools schon erfasst. „Mehrere zehntausend Landwirte in mehr als 20 Ländern“ zählt der Vorstandsvorsitzende zu den Kund*innen. Damit beherrscht der Konzern den Markt.

Aber die Befürchtungen der OXFAM-Aktivistin Marita Wiggerthale, das Unternehmen würde diese Monopol-Stellung ausnutzen, versuchte Baumann zu zerstreuen. Der Algorithmus von FIELDVIEW & Co. wäre nicht auf BAYER-Produkte geeicht, versicherte er. Und auch Datenschutz-Bedenken wies der Manager zurück, obwohl diese jüngst durch einen Vorfall in den USA Nahrung erhalten hatten. Dort war die CLIMATE CORPORATION eine Partnerschaft mit der Firma TILLABLE eingegangen, die eine Handelsplattform für Ackergrund betreibt. Bereits unmittelbar nach der Vereinbarung der Kooperation erhielten Farmer*innen dann unmoralische Angebote für ihr Farmland, was einen massiven Shitstorm nach sich zog. Werner Baumann aber stellte das einfach in Abrede: entsprechende Berichte wären „unzutreffend“.

Promis gegen Profit

„Der Todeskult Kapitalismus mit seinem zurechtgesparten und privatisierten Gesundheitswesen – die mangelnde Voraussicht von Gesundheitsministerien wird nun ins Private ausgelagert, wird zur Verpflichtung der älteren Menschen, Platz zu machen, wird zu Entscheidungen von Ärztinnen und Pflegenden gemacht, in der Endschlacht um die Verwertbarkeit.“

Sibylle Berg, Schriftstellerin

Chloroquin & Co.

Mit den Fragen zu den gesundheitsschädlichen Effekten von Medikamenten hielt der Unternehmensleiter es ähnlich. Zum Schwangerschaftstest DUOGYNON, den die heute zum Leverkusener Multi gehörende Firma SCHERING bis zum Vermarktungsstopp Anfang der 1980er Jahre verkaufen konnte, eröffnete er dem Mediziner Gottfried Arnold kurz und knapp:



17,90 Euro

T-Shirt „Che“
Hellblau, Bio-Baumwolle
(Damen / Herren / Kinder)



1 Tasse:
7,90 Euro
6 Stück:
42,- Euro

Kaffebecher
„Che Guevara“
Rot, Inhalt 300 ml



1 Glas:
2,00 Euro
6 Stück:
10,- Euro

Cocktail-Glas
„Havana Club“
Glas, Inhalt 300 ml



17,90 Euro

T-Shirt „Frieden“
Blau, Bio-Baumwolle
(Damen / Herren / Kinder)



che-shop.de

E-Mail: info@che-shop.de

Tel.: 0201 17788923

Fax: - 28



O-Ton BAYER

„Uns erreichte die Frage eines Aktionärs, wie die Strategie von Cropsience auf organischen Landbau ausgerichtet ist. Ferner fragte der Aktionär, wie der Kredit für die MONSANTO-Akquisition zurückgezahlt wird und wann ich die Verantwortung für die seiner Einschätzung nach kolossale Fehleinschätzung übernehme. Die Strategie von Cropsience ist an einer globalen Perspektive auf die Markt-Entwicklung und Trends ausgerichtet (...) Vor allem aufgrund der exzellenten Wachstumsperspektiven unseres kombinierten Cropsience-Geschäfts werden wir die notwendigen Cashflows erwirtschaften können, um die Verschuldung des Unternehmens zu reduzieren (...) Vor dem Hintergrund der beschleunigten Synergie-Realisierung und der starken Position des kombinierten Geschäfts gilt die strategische Rationale der Akquisition ungebrochen. Wir haben bereits dargelegt, dass wir uns konstruktiv in das Mediationsverfahren zur Lösung des Rechtskomplexes ‚Glyphosat‘ in den USA einbringen. Meine Verantwortung sehe ich vor allem in einem Beitrag zur Lösung dieser Sachfragen.“

Konzern-Chef Werner Baumann am 28. 4. 20 auf der BAYER-HV

„BAYER schließt DUOGYNON als Ursache für embryonale Missbildungen nach wie vor aus.“ Und von tausenden Totgeburten wollte Baumann erst recht nichts wissen. Das Langzeit-Kontrazeptivum JADELLE war ihm ebenfalls über jeden Zweifel erhaben. Der Konzern vertreibt das Präparat in Tateinheit mit der „Bill & Melinda Gates Foundation“, die es als ein Instrument zur Entwicklungshilfe auffasst. „Verhütungsmittel können mit am besten zur Armutbekämpfung beitragen“, sagt Melinda Gates nach der Devise „Keine Armen, keine Armut“ und nimmt dabei zu allem Übel auch noch Risiken und Nebenwirkungen in Kauf. Bei JADELLE zählen Kopfschmerzen, Depressionen, Gewichtszunahme, Sehstörungen und Migräne dazu. Aber das hindert den BAYER-Chef nicht daran festzustellen, „dass das Nutzen/Risiko-Profil von JADELLE positiv ist“ und die Kritik, die Josephine Brämer und Anthea Kyere an dem Mittel übten, auch sonst zurückzuweisen.

Die System-Relevanz BAYERS im Angesicht von Corona wollte der Vorstand ebenfalls nicht in Frage gestellt wissen, wengleich die Einlassungen zum von Donald Trump einst als „Geschenk Gottes“ gepriesenen Chloroquin nurmehr recht distanziert daher kamen. So hielt Baumann fest: „Das Malaria-Medikament Chloroquin wird weiterhin als eine der möglichen Behandlungsoptionen bei Covid-19-Erkrankungen diskutiert. Bisher lässt sich ein entsprechendes Nutzen/Risiko-Verhältnis allerdings noch nicht belegen.“ Und das wird es auch wohl nicht mehr: Bei mehreren Tests mit dem Präparat starben nämlich Proband*innen. Auskünfte dazu

wollte der Vorstandsvorsitzende lieber nicht geben: „Diese Studien werden von dritter Seite aus federführend durchgeführt. Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass wir über derartige, außerhalb unseres Geschäfts liegende Aktivitäten keine Stellungnahme abgeben können.“ Damit nicht genug, geriet das Chloroquin-Werk in Pakistan wegen Unregelmäßigkeiten im Produktionsablauf, inkorrekten Wirkstoff-Konzentrationen und fehlerhafter Lagerhaltung schon öfters in den Fokus der Aufsichtsbehörden. Darum steht jetzt die Produktsicherheit auf dem Prüfstand. Hier sieht der Konzern jedoch nicht sich selbst, sondern die Regierungen in der Pflicht: „Diese sind für die Überprüfung der jeweiligen Qualität zuständig.“

Aber es ist nicht nur das Chloroquin. BAYER verfügt nicht einmal mehr über die pharmazeutischen Voraussetzungen, um SARS-CoV-2 Paroli bieten zu können. Nicht nur hat die Aktien-Gesellschaft bereits vor langer Zeit die tropenmedizinische Forschung eingestellt, auch der Bereich „Infektionskrankheiten“ existiert nicht mehr. Mit den Worten „Wir müssen Geld verdienen mit unseren Produkten. Das führt dazu, dass nicht alle Medikamente entwickelt werden, die wir brauchen“, hat der ehemalige BAYER-Chef Marijn Dekkers die Konzentration auf nur noch wenige, besonders lukrative Anwendungsfelder einmal gerechtfertigt. Und Baumann hält an dieser Politik fest: „Wir werden und müssen auch weiterhin mit unseren Produkten Geld verdienen, ja. Auch wenn wir weiter steigende Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen planen, werden auch in der Zukunft nicht



Virenschutz

Fakeschutz

Einzelheft 10 €
Im Abo 6,55 €/5,10 €
7'20

**Blätter für
deutsche und
internationale
Politik**

**Das Blätter-
Sommerabo**
Drei Monate
für 15 Euro

Philosophen gegen die Bombe
Hans-Peter Waldrich

**Toxische Nostalgie:
Rassismus in Europa**
Gary Young

**Der amerikanische
Albtraum**
Ibram X. Kendi
Keeanga-Y. Taylor

Deutschland: Polizei und Rassismus
Marvin Oppong

Söder ante portas
Albrecht von Lucke

**Brutale Effizienz:
Das große Schlachten**
Heuschrecken über Ostafrika
Bettina Rühl

Kirchen: Gefördert in alle Ewigkeit?

alle Bedarfe auf allen Indikationsgebieten gedeckt werden können, denn auch hier müssen wir mit begrenzten Mitteln priorisieren.“

CO₂ & Co.

Ganz und gar nicht sparsam zeigt sich der Leverkusener Multi dagegen beim Kohlendioxid-Ausstoß. Im Geschäftsjahr 2019 stiegen die Emissionen massiv an. Von 2,88 Millionen Tonnen auf 3,71 Millionen erhöhten sich die Werte. Zur Erklärung verweist der Vorstandsvorsitzende auf die BAYER-Tochter MONSANTO, deren schlechte Zahlen erstmals ganz in die Klima-Bilanz eingingen. Konkrete Pläne, diesen „Konsolidierungseffekt“ einzudämmen – etwa durch Maßnahmen gegen die extrem klimaschädliche Glyphosat-Produktion am US-amerikanischen Standort Soda Springs – hat das Unternehmen nicht. Baumann verwies lieber auf ferne Zeiten und schwadronierte vom Ziel der Klimaneutralität bis 2030, obwohl der Konzern da fast bei Null anfangen muss. „Zwei Prozent der 2019 bezogenen Strom-Menge stammen aus erneuerbaren Energie-Quellen“, antwortete Baumann auf eine Frage der CBG-Aktivistin Lars-Ulla Krajewski. Und beim nicht zugekauften, sondern selbst erzeugten Strom sieht es nicht viel besser aus. Damit nicht genug, versucht der Konzern darüber hinaus noch, die staatliche Umweltpolitik zu hintertreiben. So steht er in Verdacht, Umlagen, die das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) den Unternehmen auferlegt, nicht ordnungsgemäß entrichtet zu haben. Netzbetreiber wie AMPRION werfen BAYER und anderen Unternehmen vor, mit

dem windigen Trick des „Scheibenpacht-Modells“ den Besitz eigener Kraftwerke vorgetäuscht zu haben, um in den Genuss des Eigenstrom-Privilegs zu kommen und so Abgaben in Millionen-Höhe zu sparen. Derzeit beschäftigen sich die Gerichte mit dem Fall. Baumann aber rechtfertigte die Praxis trotzdem und wies Betrugsvorwürfe „entschieden“ zurück.

Kurz & schlecht

Auch Vorwürfe, das Management habe bei der Prüfung des MONSANTO-Deals Fehler gemacht und die Prozess-Risiken in Sachen „Glyphosat“ nicht erkannt, mochte der Konzern-Chef nicht gelten lassen: Weder BAYER noch MONSANTO hätten damit rechnen können, Schadensersatz-Prozesse um ein zugelassenes Produkt zu verlieren. Trotz alledem bewertet er die Übernahme nach wie vor positiv. Im besten Manager*innen-Sprech befand der Vorstandsvorsitzende: „Vor dem Hintergrund der beschleunigten Synergie-Realisierung und der starken Position des kombinierten Geschäfts gilt die strategische Rationale der Akquisition ungebrochen.“ Mit Fragen nach alten BAYER-Kampfstoffen in Ost- und Nordsee, neuen Gentechniken, Gentech-Pestiziden und Tierversuchen hielt Werner Baumann sich ebenfalls nicht allzu lange auf. Darum traf ein, was die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) prophezeit hatte: Es wurde die kürzeste HV der jüngeren Konzern-Geschichte. „So turbulent BAYERS Hauptversammlung im vergangenen Jahr war, so harmonisch ist sie am Dienstag abgelaufen“, konstatierte der *Kölner Stadtanzeiger*.



Auch die Schmach von 2019, als die Anteilseigner*innen Werner Baumann die Entlastung verweigerten, wiederholte sich nicht. Der BAYER-Vorstand ist nach dem Debakel Klinken putzen gegangen und hat mit rund 500 Aktionär*innen persönliche Gespräche geführt. So erhielt der Konzern-Chef diesmal die Absoluten. 581 Millionen Aktien (92,57 Prozent) stellten sich hinter ihn, 43 Millionen taten das nicht, und noch einmal 48 Millionen enthielten sich. Immer noch ein wenig schmeichelhaftes Ergebnis, verglichen mit denjenigen der Prä-MONSANTO-Ära. Die Coordination vermochte bei der Abstimmung auch einiges in die Waagschale zu werfen. Von mehr als hundert Aktionär*innen erhielt sie rund 26.000 Stimmrechte übertragen, die natürlich jeweils in den Nein-Topf gingen. Und beim nächsten Mal, unter normalen Bedingungen, wenn BAYER nicht wieder kurzen Prozess machen darf und sich der direkten Konfrontation mit der Konzern-Kritik stellen muss, dürften es noch ein wenig mehr werden. ←

isw

institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V. **analysen. fakten. argumente.**

Conrad Schuller

**FINANZCRASH.
REZSSION. PANDEMIE.**
Der Finanzkapitalismus befeuert die Dreifach-Krise



Schutzgebühr: 3,50 Euro

isw REPORT NR. 121
Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V.

Das Aufeinandertreffen der drei Krisen – der Finanzcrash, die folgende schwere Rezession, die Pandemie – hat zu einem Krisenknäuel geführt, das die Welt an den Rand ihrer bisherigen Existenz gebracht hat. Weiter so wie bisher? Oder gibt es ein Leben in Demokratie, Solidarität, Kooperation nach und mit dem Virus? I. 2009 – war da was? / II. 2010 – 2020: Statt Zählung der Finanzmärkte: Finanzialisierung von Wirtschaft und Gesellschaft / III. März 2020: Crash im Finanzsystem. Die größte Rezession seit einem Jahrhundert / IV. Die "Rettungspakete" gegen die Krise – letztes Aufgebot des Finanzkapitalismus / V. Und jetzt – wohin?

isw-report 121 Mai 2020 / 36 S. / 3,50 EUR + Versand

außerdem neu bei isw:

Bilanz 2019 – Ausblick 2020

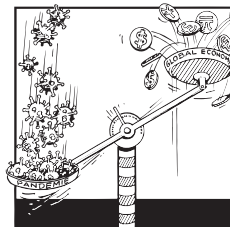
Fakten + Argumente zur wirtschaftlichen und sozialen Situation
isw-wirtschaftsinfo 57 Mai 2020 / 66 S. / 5,00 EUR + Vers.

Alle isw-Publikationen: **www.isw-muenchen.de**

isw e.V., Johann-von-Werth-Straße 3, 80639 München.
fon 089-130041, fax 168 94 15, isw_muenchen@t-online.de

isw-wirtschaftsinfo 57
Fakten & Argumente zur wirtschaftlichen und sozialen Lage
Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung München e.V.
Schutzgebühr 5,00 EUR April 2020

BILANZ 2019
Ausblick 2020
Fakten & Argumente zur wirtschaftlichen Situation
mit Konjunkturbericht

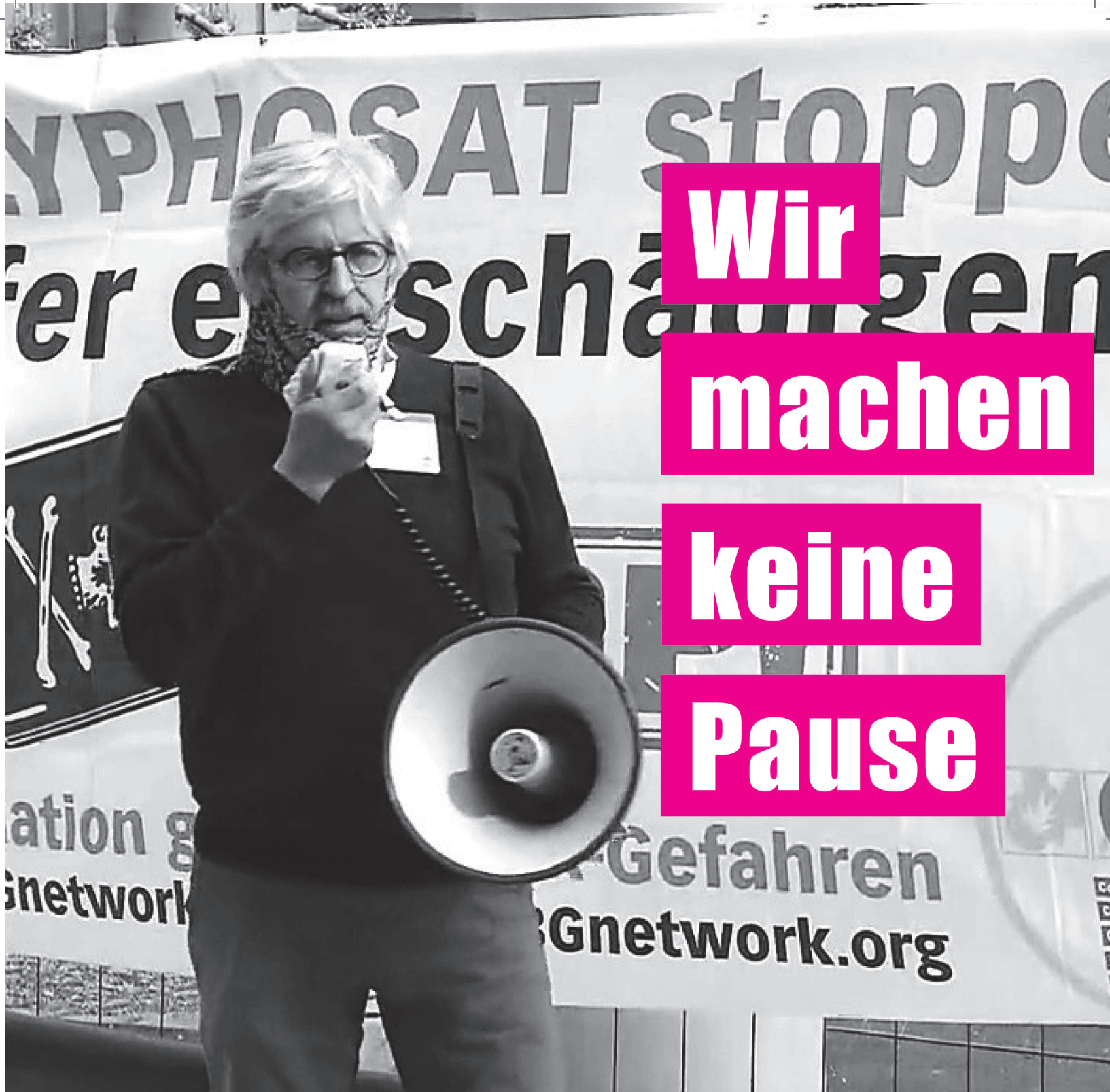


facebook.com/CBGnetwork



twitter.com/CBGnetwork

seite einunddreißig



Wir

machen

keine

Pause

Unser Widerstand braucht Geld. Jetzt spenden. Jetzt Fördermitglied werden.

Wir organisieren Widerstand gegen Konzernmacht.
Am Beispiel des BAYER-Konzerns. Weltweit. Rund um die Uhr.
Solidarprinzip statt Profitprinzip.

Spendenkonto
IBAN DE94 8309 4495 0003 1999 91 / BIC GENODEF1ETK

Die CBG erhält wegen ihrer konsequent konzernkritischen Arbeit keinerlei
Förderung. Trotz ehrenamtlicher Arbeit kostet Widerstand Geld.

Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG)
www.CBGnetwork.org * Info@CBGnetwork.org

